

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Änderung des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes, Petition an den Steiermärkischen Landtag

GR. Dr. **Piffl-Percevic** stellt namens von ÖVP, SPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat! Die Instrumente der direkten Demokratie stellen einen ganz wesentlichen Teil der Bürgerrechte in unserem Land und in unserer Gemeinde dar. Wir wollen dem Bürger die Möglichkeit geben, sich zu artikulieren und auch die Geschehnisse in unserer Stadt mitzugestalten. Was wir aber schmerzlich vermissen, ist ein sogenannter niederschwelliger Zugang zu Abstimmungs- und Meinungsäußerungsmöglichkeiten. Wir haben jetzt erst im Jänner österreichweit nach den bundesgesetzlichen Bestimmungen eine Volksbefragung zum Wehrsystem gehabt und wir haben dort gesehen, wie entgegen allen Prognosen eine über 50%ige Beteiligung der Österreicherinnen und Österreicher dort erfolgt ist. Es ist ein ganz vitales, lebendiges Zeichen unserer direkten Demokratie. Aber da war auch ein gigantischer medialer Impact da, monatelang ist in allen Medien in Österreich jeweils um halb acht am Abend und zu jeder Zeit in Bild und allen Zeitungen das ein Thema gewesen. Bei uns in der Stadt stehen uns diese Aufmerksamkeitsmöglichkeiten nicht zur Verfügung. Deswegen auch die Wahlbeteiligung, da ist es sicher zu hinterfragen und mit den Medien auch ein Diskurs zu eröffnen, wie man zum Beispiel in den Wochen vor einer Gemeinderatswahl in den Zeitungen nicht erst, wie jahraus, jahrein auf Seite 20 oder 22 vorkommt, sondern bitte, das ist ja nicht zu viel verlangt, ich formuliere das jetzt sehr forsch, dass man auch der Bevölkerung die Möglichkeit bietet, auf Seite 2 oder 3 zumindest in den Wochen vor der Wahl oder vor einer Volksbefragung sensibilisiert zu werden. Genau das ist Ziel des Novellierungsvorschlages für unser Volksrechtegesetz im Land Steiermark, dass wir hier auch niederschwellige

Möglichkeiten, elektronische Abstimmungen bei Befragungen haben, das würde dann das Instrument für uns brauchbar machen. Der Hintergrund war unsere Volksbefragung, es hat hier eine Beschwerde gegeben. Wir waren, das möchte ich auch festhalten, von allen Aussagen zu diesem Zeitpunkt auf der sicheren Seite. Eine Kommission hat jetzt gefunden, dass hier etwas rechtlich nicht ganz in Ordnung war. Wir haben immer schon eine Novelle des Volksrechtegesetzes gefordert, das ist also jetzt nicht ein Klügerwerden, auch das müssten wir tun, wenn es notwendig ist, wir waren immer schon der Meinung, das Volksrechtegesetz gehört modernisiert, um Volksbefragungen in einer modernen niederschweligen Art möglich zu machen und damit die direkte Demokratie zu stärken. Ich ersuche um Annahme dieses dringlichen Antrages, der genau das zum Inhalt hat in einer Petition an den Landesgesetzgeber. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau vor einem halben Jahr bin ich hier heraußen gestanden, habe einen dringlichen Antrag eingebracht, der genau das Thema auch zum Gegenstand hatte, nämlich eine Novellierung des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes in diesem Sinne, dass da auch Aspekte einer modernen Bürgerbefragung eingearbeitet werden; und damals bin ich da heraußen gestanden und habe mir die eine oder andere Belehrung anhören müssen von einem Gemeinderat Rajakovics, ich habe ihn gerade vorher auch gesehen, der hat gesagt, wir sind ängstlich und wir sollen auch Mut haben; hier neue Wege zu gehen. Und wir haben im Vorfeld eines erkannt, was Sie, nachdem die SPÖ und die ÖVP diese Richtlinien durchgezogen haben, anscheinend nicht erkannt haben; und da sind auch sogenannte Experten, wo Sie ein Gutachten angefordert haben, Universitätsprofessoren falsch gelegen und da hätte man ganz einfach auch auf den Rat von dem einen oder anderen Juristen hier im Hause hören können, die genau gesagt haben, dass es eben eine unzulässige Verkumulierung von Instrumenten der Hoheitsverwaltung zum Zwecke eines Aktes der

Privatwirtschaftsverwaltung eben ist und genau das hat die Stadt Graz gemacht und das haben wir hier heraußen auch angeprangert und gesagt, da wird wahrscheinlich noch einiges zu klären sein, nämlich vor der Datenschutzkommission; und das ist dann auch eingetreten, nämlich wie das Amen im Gebet. Ich habe es damals auch gesagt; und genau das hat auch die Datenschutzkommission festgestellt und jetzt ist es halt so, dass die ÖVP ein halbes Jahr später genau den gleichen Antrag einbringt, den ich vor einem halben Jahr eingebracht habe, vielleicht kann man das dem Kollegen Rajakovics, der mich da noch so schön belehrt hat, ich habe auch das Wortprotokoll mit, ausrichten. Ich möchte zu dem Antrag sagen, wir unterstützen ihn natürlich in der Dringlichkeit wie auch im Inhalt, allerdings bitte ich um eine getrennte Abstimmung, weil wir werden dem Punkt 1) nicht die Zustimmung geben, weil unser Zugang derjenige ist, dass nur diejenigen auch bei einer allfälligen Bürgerbefragung teilnehmen sollen, die auch wahlberechtigt sind bei der Gemeinderatswahl und nicht alle in Graz hauptwohnsitzgemeldeten, weil das betrifft auch die, die hier nur vorübergehend wohnen oder auch andere, Drittstaatsangehörige, das ist nicht unser Zugang, dass diejenigen eben auch bei Bürgerbefragungen aller Art mitstimmen sollen. Ansonsten im Punkt 2) gibt es vollkommene Übereinstimmung und deshalb Ja zur Dringlichkeit und Ja zum Punkt 2 (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nur zur Aufklärung, nachdem der Antrag von ÖVP, SPÖ und Grüne gestellt wurde, ist damit die Dringlichkeit ohnehin gegeben, das heißt, wir befinden uns jetzt bereits bei der Debatte über den Inhalt.

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir haben über diese Richtlinien zur Bürgerbefragung Stunden verbracht. Die KPÖ war immer kritisch diesen

Richtlinien gegenüber, wir sind immer eingetreten für eine Volksbefragung nach dem Volksrechtegesetz. Die ÖVP und die SPÖ haben es damals besser gewusst, sie haben die Richtlinien in dieser Form beschlossen und jetzt kommt eine einzelne Person, ein Bürger kann jetzt das kippen sozusagen und plötzlich ist jetzt ein Antrag von dir, Peter, da, es ist einfach herausgekommen aufgrund dessen, dass diese Richtlinien und dass sich diese Bürgerbefragung in dieser Form eben nicht rechtsgültig ist und dass es in dieser Form nicht mehr durchgeführt werden kann, auf das will ich hinaus. Aber jetzt kommt ein Antrag von dir, Peter, der nichts anderes beinhaltet als die Legalisierung dessen, was in den Richtlinien drinnen steht. Für uns geht das einfach zu wenig, wir treten für eine umfassende Änderung dieses Volksrechtegesetzes ein, das beinhaltet aber für uns nicht das Internetvoting, weil dem stehen wir sehr kritisch gegenüber, aber ich weiß auch, dass beim BürgerInnenbeirat, bei „Mehr Zeit für Graz“ gerade diese Änderung des Volksrechtegesetzes einer der Hauptschwerpunkte der Arbeitsschwerpunkte ist und wir sehen eigentlich, aber nachdem die Dringlichkeit ja gegeben ist, diesen Antrag eigentlich auch gar nicht als dringlich an, denn unserer Meinung nach sollte sich der Gemeinderat zusammen mit dem BürgerInnenbeirat wirklich umfassend mit diesem Gesetz beschäftigen, denn es gibt hier einige Dinge, die unserer Meinung nach noch geändert werden können, und zwar nämlich auch der Zugang, ein erleichterter Zugang der BürgerInnen zur Durchsetzung einer Umfrage und nicht von Seiten des Gemeinderates nur. Unserer Meinung nach, wie gesagt, sollte der Gemeinderat mit dem BürgerInnenbeirat hier zusammenarbeiten und aus diesem Grund möchten wir hier auch einen Abänderungsantrag einbringen, der wie folgt lautet: Der Gemeinderat möge in Zusammenarbeit mit dem BürgerInnenbeirat Vorschläge zur Änderung des Steiermärkischen Volksrechtsgesetzes ausarbeiten und die Änderungswünsche im Anschluss auf dem Petitionswege dem Steiermärkischen Landesgesetzgeber vorlegen. Bitte um Annahme (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Ich kann dem Abänderungsantrag der KPÖ sehr viel abgewinnen, ich erinnere mich gut, dass der Beirat für BürgerInnenbeteiligung in den Klubs war, ich weiß nicht, ob er in allen Klubs schon war, bei uns war er und uns wurden auch die Hauptschwerpunktthemen für diese Periode vorgestellt und ich weiß nicht, was uns daran hindern sollte als Gemeinderat, einen grundsätzlicheren umfassenderen Zugang für diese Novelle vom Volksrechtegesetz zu finden. Man muss sich das sicher sehr genau anschauen, wie man das macht und wie man die BürgerInnenrechte verbessert und daher werden wir als grüner Gemeinderatsklub dem Abänderungsantrag auch zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda**: Ich wollte ergänzend nur noch hinzufügen, dass wir auch den Abänderungsantrag von der KPÖ unterstützen würden aus folgendem Grund auch, weil die Bürger sind diejenigen, die da in der Bürgerbeteiligung miteinbezogen werden sollen, die direkte Demokratie leben sollen und dementsprechend sehen wir es auch so, dass der Bürgerbeirat und Bürger einfach in einem offenen Prozess damit eingebunden werden sollen. Dankeschön.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wir stimmen zunächst über den Abänderungsantrag ab, eingebracht von der KPÖ: der Gemeinderat möge in Zusammenarbeit mit dem BürgerInnenbeirat Vorschläge zur Änderung des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes ausarbeiten und die Änderungswünsche im Anschluss auf dem Petitionsweg dem Steiermärkischen Landesgesetzgeber vorlegen.

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Punkte 1) und 2) des Antrages wurden mit Mehrheit angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 14.30 Uhr den Vorsitz.

2) Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel

GR. **Eber** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Das System der österreichischen Wohnbauförderung wird heuer 60 Jahre alt und es ist durchaus ein bewährtes System, auf das wir da zurückblicken können. Dieses System ermöglicht, dass relativ günstiger Wohnraum der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden konnte und es wurden damit auch qualitative, soziale, aber auch, vor allem in jüngster Zeit, ökologische Kriterien erfüllt.

1996 wurde die Wohnbauförderung eingefroren, 2008 wurde die Zweckbindung abgeschafft. Das heißt, die Wohnbauförderungsmittel, die ja auch von allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geleistet werden im Ausmaß von 0,5 % des Lohnes beziehungsweise Gehalts, werden nicht mehr oder müssen nicht mehr zum Zwecke der Wohnbauförderung verwendet werden.

Es ist allerdings klar, dass gerade in Graz, die ja eine stark wachsende Stadt ist, dass da natürlich viel neuer Wohnraum gebraucht wird, um den Bevölkerungszuzug, die Bevölkerungsentwicklung aufzunehmen, weil natürlich auch klar ist, dass sich nicht jeder ein Wohnungseigentum leisten kann. In den letzten Wochen ist auch auf Bundesebene die Diskussion um die Wohnbauförderung wieder aufgeflammt. Man hat ja manches Mal den Eindruck gehabt bereits, dass ÖVP und SPÖ sich in dieser

Hinsicht zumindest in einer Art Tiefschlaf befinden, jetzt kurz vor der Wahl aufwachen und das zu einem Gegenstand heftiger Diskussionen wird und unsere Befürchtung ist natürlich auch, dass nach erfolgter Wahl im Herbst 2013 der Tiefschlaf dann wieder fortgesetzt wird. Von da her halten wir es für notwendig, dass jetzt entsprechende Beschlüsse auch auf Bundes- und auch auf Landesebene gefasst werden, um die Wohnbauförderungsmittel eben tatsächlich für den Zweck, für den sie gedacht sind, zukommen zu lassen.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

1. Der Bundesgesetzgeber wird im Petitionsweg aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode die Zweckbindung der Mittel aus der Wohnbauförderung wieder in Kraft zu setzen und
2. das Land Steiermark wird im Petitionsweg aufgefordert, bis zu einer entsprechenden Änderung der bundesgesetzlichen Situation im Sinne von Punkt 1 die für die Wohnbauförderung lukrierten Ertragsanteile ausschließlich für den geförderten Wohnbau zu reservieren.

Ich ersuche um Ihre und eure Zustimmung. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schartel** zur Dringlichkeit: Wie der Antragsteller schon erwähnt, handelt es sich beim Wohnbauförderungstopf um Zwangsbeiträge, die dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer sozusagen abgerungen werden unter dem Titel Wohnbauförderung und deshalb ist es nur recht und billig, dass man diesen einbehaltenen Beitrag natürlich der Wohnbauförderung wieder zuführt. Es wäre aber ganz, ganz wichtig, dabei zu bedenken, dass dann die Verteilung dieser Zweckmittel nicht so erfolgt, wie

es jetzt im Finanzausgleich stattfindet prozentual, sondern sehr wichtig wäre, dass diese Wohnbauförderungsmittel dann analog der Bevölkerungszahl des jeweiligen Bundeslandes aufgeteilt werden. Wir stimmen der Dringlichkeit und dem Antrag zu (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Spath**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, lieber Herr Kollege Eber! Wie ich diesen Antrag gelesen habe, ist er mir irgendwie bekannt vorgekommen nämlich, dann habe ich nachgeschaut und bin draufgekommen, dass der fast 1 : 1 schon einmal gestellt wurde, nämlich vor einem Jahr im Jänner. Frage mich, warum man das Ganze jetzt noch einmal machen muss. Dann habe ich weiter zurückgeschaut und bin draufgekommen, dass auch bereits im April 2008 so ein Antrag schon gestellt wurde von euch, von der KPÖ. Aber nichtsdestotrotz auf Landesebene ist ja bereits ein Unterausschuss eingerichtet, wo ebenfalls ähnliche Anfragen der KPÖ und der FPÖ behandelt wurden. Auf Bundesebene haben sich der Kanzler und der Vizekanzler erst vor kurzem in dieser Woche medial zu Wort gemeldet und ebenfalls eine Zustimmung in diese Richtung bekundet. Uns ist es allerdings wichtig, darauf eben auch hinzuweisen, dass, wie auch meine Vorrednerin schon gesagt hat, dass man darauf achtet, dass die Bundesmittel eben nicht weniger werden, sondern mehr und eben die Bevölkerungszahl des Landes als Basis herangezogen wird und nicht ein Prozentsatz, wie es bis jetzt der Fall gewesen ist. Anmerken möchte ich auch noch, dass die Wohnbauförderung eben eine Objektförderung ist für Miet- als auch für Eigentumswohnraum. Aber keine Angst an die KPÖ, die ÖVP wird diesem Antrag zustimmen, wie wir es auch schon im Jänner 2012 gemacht haben (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Wir, die SPÖ, ersuchen um getrennte Abstimmung von Punkt 1 und Punkt 2. Zu Punkt 1: Die Frage der Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel ist dringlich und weil diese dringlich ist, werden auf Bundesebene bereits intensive Gespräche geführt, sind sich die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP darin weitgehend einig, dass diese Zweckbindung wieder kommen soll. Das war bereits in den vergangenen Tagen in den Medien nachzulesen, denn Faktum ist, die Mietkosten stiegen und steigen weiter, der sogenannte freie Markt ist für sehr viele Wohnungssuchende schon fast nicht mehr erschwinglich geworden und leistbares Wohnen kann in Graz nur sehr bedingt über das gesprochen werden. Daran hat im Übrigen auch die 15 Jahre Wohnbauressortverantwortung der KPÖ in Graz nichts geändert. Denn leider konzentrierten sich bekanntlich diese Ressortverantwortlichen primär um die Vergabe von Gemeindewohnungen und somit auf Verwalten, ließen neue Ideen für Ankurbelung des Wohnbaues missen, lehnten diese zum Teil sogar ab und ich erinnere mich an die Vorstöße von Gemeinderätin Bauer in der vergangenen Periode. Wie gesagt, diese Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel wird auf Bundesebene längst intensiv diskutiert und wird aller Voraussicht nach kommen. Die heutige Initiative der KPÖ wäre dazu nicht notwendig gewesen, aber weil uns die Zweckwidmung der Wohnbauförderungsmittel wichtig ist, stimmen wir der Dringlichkeit und dem Inhalt zu. Dem Punkt 2) des Antrages können wir allerdings nicht zustimmen, denn streng genommen würde es sogar eine Verschlechterung darstellen, würden nur die für die Wohnbauförderung lukrierten Ertragsanteile in der Steiermark für den geförderten Wohnbau zur Verfügung stehen, so laut unserer Finanzlandesrätin Bettina Vollath, dann wäre es in der Steiermark eher schlecht gestellt, denn seit die Zweckbindung aufgelöst wurde, sind zwischen 20 und 50 Millionen Euro mehr für diesen Bereich ausgegeben worden, als eine Fortschreibung der Zweckmittel vorgegeben hätte. Also zu Punkt 2) können wir aus rein populistischen Gründen der KPÖ nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Eber:** Ja, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst danke ich für die sich abzeichnende doch breite Zustimmung zu diesem Antrag und ich möchte nur zwei kurze Anmerkungen machen. Erstens: Ja, wir haben diesen Antrag vor einem Jahr bereits eingebracht, der ist dankenswerterweise ja auch angenommen worden. Dieser Antrag unterscheidet sich jetzt in einem Punkt, in einem wichtigen Punkt vom letztjährigen, nämlich, dass wir sagen, noch in dieser Legislaturperiode soll das beschlossen werden, denn es ist uns wichtig, dass das möglichst bald geschieht, weil es ja bekanntlich so ist, dass gerade die Beschlüsse, die im Bereich des Wohnens und für den Wohnbau letztlich gefasst werden, eine sehr lange Vorlaufzeit haben. Das heißt, wenn wir heute beschließen die Zweckbindung der Mittel aus der Wohnbauförderung, dann bedeutet das ja nicht, dass morgen die Wohnungen schon fertig sind, sondern das hat natürlich eine entsprechende Vorlaufzeit. Erinnern möchte ich, zweitens, jedenfalls auch daran, dass Ernest Kaltenegger beziehungsweise jetzt Elke Kahr für die städtischen Gemeindewohnungen zuständig sind, sie sind dafür zuständig, dass die Wohnungen natürlich ordnungsgemäß vergeben werden und die KPÖ und die jeweils zuständigen Stadträte haben auch in der Vergangenheit sich bemüht, neue Gemeindewohnungen zu bekommen. Ich weiß nicht, ob das allen hier bekannt ist, es ist natürlich so, dass die Wohnungsstadträtin natürlich nicht die Möglichkeit hat, über die entsprechenden Grundstücke zu verfügen, sondern diese müssen natürlich auch in Absprache mit der Liegenschaftsverwaltung erst einmal angekauft werden und sozusagen freigegeben werden für den städtischen Wohnungsbau und da möchte ich auch sagen, dass das in den letzten fünf Jahren im Wesentlichen gelungen ist, also hier auch die entsprechenden Beschlüsse und die Umsetzung zu treffen, dass 500 neue Gemeindewohnungen in Angriff genommen werden konnten, zum Teil fertiggestellt wurden, zum Teil sich noch in Bau befinden, dass in dem Zeitraum davor derartige Grundstücksankäufe aber leider ausgeblieben sind. Zum Schluss noch einmal herzlichen Dank jetzt schon für die Zustimmung. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Dann darf ich jetzt drüber abstimmen lassen, die beiden Punkte getrennt abzustimmen, wer ist für eine getrennte Abstimmung? Entschuldigung, gibt es noch Wortmeldungen zum Inhalt dieses Antrages, das ist nicht der Fall, dann darf ich jetzt darüber abstimmen, dass wir über beide Punkte getrennt abstimmen.

Beide Punkte des Antrages wurden mit Mehrheit angenommen.

3) Kostenloser Zugang zu Museen für Schulklassen und Kindergartengruppen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Die Beschäftigung mit Kunst und Kultur fördert, ich glaube, darüber sind wir uns einig, vielfältig die Fähigkeiten von Menschen und daher ist es ganz wichtig, dass Kinder und Jugendliche möglichst früh bereits in Kontakt mit Kunst und Kultur kommen. Natürlich wäre der Idealfall und ich denke, viele von uns oder alle von uns machen das auch, soweit sie Kinder haben, dass sie möglichst früh schon mit ihren Kindern in Museen gehen und in andere Kultureinrichtungen in Graz. Es gibt aber eben sehr viele Kinder auch, die diese Möglichkeit nicht haben und die nicht früh genug schon mit Museen in Berührung kommen, sondern die erst, und da ist Gott sei Dank in unserer Gesellschaft eine Möglichkeit, mit Kunst und Kultur in Berührung zu kommen, dass diese Kinder das im Rahmen ihres Kindergartenbesuches

und später dann im Rahmen des Schulbesuches diese Möglichkeit haben. Und viele Schulklassen und Kindergartengruppen, auch zum Beispiel die Kindergartengruppe meiner Tochter hat letztens einen Ausflug in ein Museum gemacht, und Gott sei Dank passiert dies auch relativ häufig.

Die Tarife für Gruppen sind auch relativ niedrig, relativ niedrig heißt, es sind etwa drei bis vier Euro, manchmal auch fünf Euro, und trotzdem sind diese drei bis fünf Euro, man glaubt es vielleicht oft nicht, eine Hürde. Weil wenn man als Lehrerin eine Klasse vor sich hat, wo viele Kinder diese drei bis fünf Euro eben nicht bezahlen können, dann überlegt man sich das als Pädagoge oder Pädagogin und geht dann meistens nicht ins Museum oder macht diesen Ausflug nicht. Noch dazu, im Idealfall ist es ja nicht ein Ausflug im Jahr, sondern es sind mehrere Schulveranstaltungen, und da kommt schon ein ganz schönes Sümmchen im Laufe eines Schuljahres zusammen. Das heißt, derzeit ist es so, dass sehr viele Schulklassen, und ich habe da auch mit LehrerInnen gesprochen, keine Ausflüge mehr machen dieser Art, weil sich einige Kinder das einfach nicht leisten können. Ich denke, dass wir als öffentliche Hand auch eine Verantwortung haben, die Verantwortung, Kinder und Jugendliche möglichst früh mit Kunst und Kultur in Kontakt zu bringen und das ist natürlich nur möglich, wenn die finanzielle Schwelle möglichst niedrig ist.

Das Bundesministerium, die Bundesministerin für Bildung, Kunst und Kultur, Claudia Schmied, hat hier bereits mit Beginn 2010 eine Initiative gestartet und hat für alle Bundesmuseen den Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 19 sogar kostenlos gestaltet und sie hat zusätzlich eine Reihe von Kulturvermittlungsinitiativen auch gestartet, denn das eine ist der Eintritt, und zum Beispiel bei uns im Stadtmuseum ist der Eintritt für Gruppen sogar frei, für Kindergruppen sogar frei, allerdings das Zweite ist dann das Kulturvermittlungsprogramm, sprich die Führung, und ohne eine Führung sind leider sehr viele Museen für Kinder auch nicht verständlich oder nicht selbsterklärend. Das heißt, die Führung ist auch etwas ganz Wichtiges oder man nennt sie auch Kulturvermittlung. Das Bundesministerium hat es eben für alle unter 19 sogar kostenlos gemacht, was ein sehr weit gehender Schritt ist, das hier im Antrag formulierte Anliegen wäre ein Stückweit kleiner eigentlich, nämlich nur für

Kindergartengruppen und Schulgruppen den Eintritt kostenlos zu gestalten und nicht auch zum Beispiel im privaten Bereich für Kinder und Jugendliche bis 19 das gratis zu gestalten. Zusätzlich wäre es auch für Museen selbst ein Mehrwert natürlich, weil durch diesen frühen Kontakt mit Kunst und Kultur man davon ausgehen kann, dass die Kinder und Jugendlichen auch später natürlich freiwillig ins Museum oder, freiwillig ist es hoffentlich immer, aber auch aus eigenem Antrieb ins Museum gehen werden und daher natürlich auch für unsere Kulturlandschaft eine Investition in die Zukunft, ich möchte daher, und jetzt komme ich zum Punkt, den

dringlichen Antrag

stellen: Der Gemeinderat ersucht die zuständige Kulturstadträtin, Möglichkeiten zu prüfen, für Schulklassen und Kindergartengruppen den Eintritt sowie die Nutzung von Kulturvermittlungsangeboten in Museen der Stadt, beziehungsweise an denen die Stadt Graz beteiligt ist, kostenfrei zu gestalten (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Gäste! Selbstverständlich stimmt die ÖVP-Fraktion diesem Antrag prinzipiell gerne zu, weil natürlich geht es uns auch darum, dass Kinder und Jugendliche einen möglichst leichten Zugang zu den Museen haben und damit auch Appetit auf mehr bekommen, wenn sie einmal erwachsen sind. Wir meinen nur, dass sich das Anliegen nicht nur an die Frau Kulturstadträtin richten sollte, sondern es geht ja auch um unser Kindermuseum Frida&Fred, wo wir wissen, dass sehr viele Kindergarten- und Schulgruppen hinkommen. Das ist aber ein Museum der besonderen Art, nämlich mit einem sehr interaktiven Zugang, wo die Kinder aktiv viel machen können, dadurch ist auch ein großer Personalaufwand damit verbunden. Ich habe heute noch nachgefragt in Wien beim Kindermuseum Summ ist es so, dass der reine Ausstellungsteil durch

diese Initiative der Frau Bundesminister kostenfrei für Kinder zu besuchen ist, die interaktiven Angebote aber sehr wohl auch bezahlt werden müssen, 4 Euro pro Kind beziehungsweise 3,50, wenn sie in Gruppen kommen, also da müsste man detailliert darüber reden. Aber insbesondere ist hier wohl auch zu appellieren an die Frau Bundesministerin für Wissenschaft, Unterreicht und Kunst und Kultur, die diese Lex viennensis herausgegeben hat, dass die Bundesmuseen entsprechend unterstützt werden. Bitte alle österreichischen Kinder sollen da die gleichen Möglichkeiten haben, das heißt, es ist sehr wohl da auch zu appellieren an die Frau Bundesministerin, diese Förderung auf die Museen in den Bundesländern auszudehnen und wie gesagt, Kindermuseum, unser Kindermuseum Frida&Fred ist ja nicht im Ressortbereich der Frau Stadträtin Rücker, sondern untersteht unserer Frau Vizebürgermeisterin, deshalb möchte ich gleich unseren Zusatzantrag vortragen, da geht es eben darum, „insbesondere soll die auf Bundesebene ressortzuständige Ministerin ersucht werden, auch in den Bundesländern durch Kostenzuschüsse den Zugang von Kindern und Jugendlichen zu allen Museen zu erleichtern. Außerdem wird die für das Grazer Kindermuseum zuständige Vizebürgermeisterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck ersucht, Möglichkeiten für Zahlungserleichterungen für Schulklassen- und Kindergartengruppe zu prüfen.“ Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Dipl.-Ing.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Werter Gemeinderat, werte Zuhörer, sehr geehrte Vizebürgermeisterin und ganz besonders Frau Marak-Fischer! Ich kann nur sagen, dass es keine Frage ist, dass wir als KPÖ-Klub einer Initiative zur Förderung des Interesses für Kunst und Kultur bei Kindern und Jugendlichen, und zwar bei allen, unabhängig von ihrer familiären Herkunft, wegen der nachweislichen positiven Auswirkungen auf den Bildungserfolg nur zustimmen können. Und das gilt natürlich auch auf dem Ergänzungsantrag, der für das Kindermuseum in Graz gilt. Als Museologin kann ich das nämlich inhaltlich und fachlich auch nur unterstützen. Leider ist in vergangenen Perioden, wo ja auch die SPÖ mal das Kulturressort hatte, auch mit

der SozialCard einiges verpasst worden, darauf will ich aber gar nicht mehr herumreiten, sondern ich will eigentlich noch viel weiter gehen. Ich plädiere nämlich dafür, dass der Eintritt in Museen generell frei sein sollte. Wenn man so eine Forderung stellt, die in Museumskreisen durchaus oft diskutiert wird, dann heißt es oft, ja gerne, aber gebt ihr uns auch das Geld dafür? Dazu kann ich jetzt nur ein paar Beispiele anführen aus Großbritannien, wo der Museumseintritt seit 2001 abgeschafft wurde und auch aus deutschen Städten, die zeigen, dieses Geld dafür braucht man überhaupt nicht. Museen finanzieren sich nur zu einem geringen Teil über Eintrittsgelder und vielfach übersteigen die Kosten für den Ticketverkauf deren Nutzen. Ein Beispiel ist Magdeburg. Magdeburg hat 230.000 Einwohner, ist also kleiner als Graz, dort wurde der Museumseintritt 2005 abgeschafft, seitdem erspart man sich jährlich 50.000 Euro. Die Londoner Museen haben ungefähr das Doppelte an Einnahmen seit der Abschaffung der Eintrittsgelder seit 2001 und die Besucherzahlen haben sich um bis zu 157 % gesteigert. Das bringt natürlich auch sehr viele Spendengelder, die werden auch dazu verwendet, Programme zu sogenannten social inclusion zu machen, mit denen man besonders Personen ins Museum bringen will, die sonst nämlich nicht ins Museum gehen. Es gibt eine Statistik aus Berlin von 2008 vom Institut für Museumsforschung, es sind nur drei bis vier Prozent Museumsbesucher, die einen Hauptschulabschluss haben, vier bis fünf Prozent Facharbeiter, der Anteil an MigrantInnen und Arbeitslosen ist quasi bei null. Der größte Teil ist AkademikerInnen, da muss man natürlich ansetzen, das wird dort intensiv eben durch diese Programme gefördert. Deshalb mein Plädoyer, folgen wir dem positiven Beispiel, freier Eintritt in Museen und Social-inclusion-Programme, wie es in Großbritannien vorgemacht wird, um wirklich auch die sogenannten bildungsfernen Bevölkerungsschichten ins Museum zu bringen (*Applaus KPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Liebe Stadtregierung, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Frau Gemeinderätin Marak! Danke für diesen dringlichen Antrag zu einem Thema, wo

sie bei mir offene Türen einlaufen, denn die Kulturvermittlung im Gesamten, ob es jetzt Museen sind oder in anderen Bereichen, wie Theater und andere Kunstformen, ist mir natürlich ein großes Anliegen und wird sicherlich auch in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt ausmachen. Und ich kann auch dem Gedanken sehr viel abgewinnen und halte ihn für sehr wichtig, dass man jetzt sagt, Kinder gehören nicht nur ins Kindermuseum, sondern in alle Museen und damit auch diese Breite kann ich nur unterstützen, dass man sagt, wenn dann reden wir von allen Museen. Was ich sehr wohl anmerken möchte ist, dass auch der Zusatzantrag von Sissi Potzinger seine Berechtigung hat, denn die Rolle der Bundesmittel im Bereich der Kulturvermittlung insgesamt ist sehr hinterfragenswert. Wie viele von Ihnen vielleicht noch nicht wissen, landen in der Steiermark von den Kulturmitteln, wenn man es so vergleicht zwischen der Verteilung Wien und den restlichen Bundesländern, von den 14 %, die eigentlich hier landen sollten, nur 4 %, das heißt, der Wasserkopf Wien und die Förderung für Kulturarbeit, aber auch Kulturvermittlung bleibt leider da sehr stark in Wien hängen und deswegen kann ich auch diesem Zusatzantrag sehr gut zustimmen. Trotzdem möchte ich noch einige Wort dazu sagen, dass wir auch, nachdem hier auch viele neue Gemeinderäte und Gemeinderätinnen sitzen, durchaus uns in einer Landschaft bewegen in der Stadt Graz, wo schon einiges passiert in diese Richtung und das möchte ich noch einmal ganz kurz erläutern, damit Sie sehen, dass sich die öffentliche Hand hier sehr wohl schon etwas einfallen lässt, aber generell denke ich mir, dieser Ansatz des Gratiseintrittes ist etwas, was ich auch gerne in die Dreierkoalition noch einmal weiterspielen möchte, und nachdem es ja aktuelle Budgetverhandlungen gibt und die Dringlichkeit damit aus meiner Sicht erst recht gegeben ist, ist natürlich die Frage der Finanzierung auch in Budgetverhandlungen in dieser Dreierkoalition zu erläutern. Aber ganz kurz zu dem, was es gibt. Momentan ist es so, dass das Graz-Museum bis 18 für alle gratis ist, also egal, ob sie als Schulklasse kommen oder als Kinder einer Familie oder alleine, was ja auch vorkommen soll. Was allerdings stimmt ist, dass für die Führung dort zwei Euro pro Kind verlangt werden, das ist diskussionswürdig und in dem Sinn muss man das auch gegenrechnen, zu dem, was momentan an Einnahmen dadurch da ist. Der zweite Bereich, der große

Museumskomplex des Joanneums, ich weiß nicht, inwieweit bekannt ist, die Schulkarte, die seit 2006 gilt, diese Schulkarte ermöglicht es, mit zwei Euro pro Kopf und Jahr alle Angebote und die mehrfach und unendlich in Anspruch zu nehmen, in allen Museen des Joanneums möglich sind, das heißt, pro Kopf, pro Schulkinderkopf zwei Euro im Jahr zahlen die Schulen für diese Schulkarte, und die Kinder können nicht nur in Ausstellungen kommen, sondern erhalten dort die Führungen, die Lehrer und Lehrerinnen erhalten Vorführungen, damit sie über die Inhalte informiert sind und nicht immer auch eine externe Führung in Anspruch nehmen müssen, sondern vielleicht auch selbst mit den Kindern durchgehen können und rundherum gibt es noch Sonderpakete, das ist alles inkludiert und natürlich auch die Gratis-Begleitperson. Das heißt, das ist meiner Meinung nach schon einmal ein erster wichtiger Schritt, hätte eigentlich der Herr Kulturstadtrat auch in seiner Fraktion schon erzählen können, weil da kann er ja durchaus mit drauf stolz sein und seine Vorgänger, die es ja einige davon gibt im Kulturbereich, dass hier schon ein erster wichtiger Schritt getan ist und ich denke, da hat das Joanneum durchaus eine Vorbildwirkung, noch ist es nicht gratis, aber diese Schulkarte erfreut sich sehr hoher Beliebtheit und macht damit, und das halte ich auch für sehr wichtig, keinen Unterschied zwischen dem sozialen Status der Kinder, sondern pro Kind, und die Schulen entscheiden, ob sie es jetzt einkassieren oder nicht, weil das ist natürlich eine Frage, wie das dann gehandhabt wird, aber prinzipiell ist es meiner Meinung nach auch für die Schulen leistbar, dieser Betrag selbst zu finanzieren und damit den Kindern nichts abzuverlangen. Wie gesagt, ich komme jetzt zurück zum dringlichen Antrag, wir werden der Dringlichkeit zustimmen, ich werde gerne etwas in einem der nächsten Kunst- und Kulturausschüsse vorlegen, aber wie gesagt, wenn dazu auch Kosten entstehen, dann müssen wir das auch in einem Budget wiederfinden beziehungsweise wird bei den Gesprächen, die ich sicher mit der Bundesministerin in verschiedenen Punkten führen werde müssen, auch die Frage der Kulturvermittlung insgesamt, wie weit der Bund sich da stärker in der Steiermark und vor allem in Graz beteiligt, einen Tagesordnungspunkt bilden, das ist schon jetzt auf meiner Liste. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda**: Ich kann mich der Dringlichkeit nur anschließen, da die Piraten das seit vorigem Jahr im Sommer auch schon fordern. Wir stehen für den freien Zugang zu Wissen, Kultur und Bildung, dementsprechend absolut zu unterstützen dieser Antrag. Zusätzlich noch dazu hineinzudenken von unserer Seite, weil es mir gerade aufgefallen ist, dass natürlich auch die Begleiter, das heißt dementsprechend Lehrer, Lehrerinnen oder eben Begleitpersonen aus den Kindergärten da auch Gratiszugang bekommen, damit die dementsprechende Motivation natürlich auch da ist, die Gruppe da zu begleiten und das nicht zu vergessen. Dankeschön.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Ich freue mich, dass es da so eine, zumindest jetzt unter den redenden Parteien, so eine einhellige Meinung dazu gibt, dass es eine gute und wichtige Sache ist. Ich hoffe, dass das dann auch sozusagen weiterverfolgt wird dadurch. Dazu möchte ich nur sagen, auch zum Thema Schulkarte gilt natürlich erstens nicht für Kindergartengruppen, ganz ein wichtiger Bereich, wo man sozusagen auch noch sehr früh damit in Kontakt kommen kann und gilt dann natürlich auch nicht für alles, was außerhalb der Schule ist und für manche Schulen, die eben keinen Elternverein haben oder die einen Elternverein mit Eltern haben, die sich eben ganz wenig leisten können, wird auch das eine Hürde sein. Also es ist wenig, aber es ist auch das manchmal eine Hürde, daher wäre es eben wichtig, alle Barrieren hier abzuschaffen. Aber ich freue mich sehr, dass wir uns da grundsätzlich ja auch sehr einig sind. Und dann wollte ich noch, da weiß ich aber nicht, wie das von der Geschäftsordnung her ist, ich habe vorher beim Verlesen des Antrages einen Satz vergessen, darf ich den noch nachholen? Und zwar an sich kein unwesentlicher Satz, glaube ich für uns alle, nämlich der Schlusssatz, dem Gemeinderat ist bis Mai dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen, im schriftlichen Antrag war es drinnen. Ich möchte das noch ergänzen, ich glaube, es ist wichtig und ich hoffe, dass wir einfach an diesem Thema auch dranbleiben und würde mich sehr freuen, wenn es da zu dem einen oder anderen Ergebnis kommen würde. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GR.ⁱⁿ Potzinger wurde einstimmig angenommen.

4) Stadtteil Schönaugasse: Siedlungsbetreuung/Errichtung eines Stadtteilzentrums

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik** stellt namens von SPÖ und ÖVP folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dipl.-Ing. Savnerik: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Stadtteil Schönau, Fröhlichgasse – Neuholdaugasse – Schönaugasse, in dieser Großraum-Schönausiedlung gibt es unverhältnismäßig viele Gemeindewohnungen. Wie die Vorkommnisse im letzten Monat zeigen, stehen in diesem Gebiet immer wieder Streitigkeiten zwischen den BewohnerInnen auf der Tagesordnung. Neben Problemen in den Gemeindewohnungen, wie zum Beispiel grobe Beschimpfungen und Verstöße gegen die Hausordnungen, Lärmbelästigung und Aneignung von Allgemeinflächen, etc. sorgen gerade in diesem Stadtteil, im Schönauviertel, Gruppen von Jugendlichen und Betrunkenen ständig für Ärger, Belästigungen, Verschmutzungen von Allgemeinflächen und Verschmutzungen von Gemeindewohnungsfreiflächen, Grünflächen.

Diese Problematik ist seit längerem virulent. Zeitungen berichten ständig über dieses Problem, das Schönauviertel ist ja nicht erst seit Neuem ein kleines Problemkind in Graz. Weder die Hausverwalter, noch der Bezirksvorsteher noch das Friedensbüro, das ebenfalls eingeschalten wurde, konnten die Situation beeinflussen und schon gar

verbessern. Auch mit der Schaffung eines Sozialraumes, das in der Vergangenheit hier auch diskutiert wurde, ist die eigentliche Problematik nicht wirklich zu bekämpfen. Es geht nämlich nicht um Rückzugsnischen, die im Moment gesucht werden, sondern es geht um das eigentlich Problem, dieses Miteinander im Wohnviertel einfach durch professionelle Unterstützung zu verbessern, es geht darum, dass man eine Gemeinwesenarbeit einfach einführen sollte und muss.

Eine Entschärfung dieser Situation könnte durch die Errichtung eines Stadtteilzentrums erreicht werden, auf jeden Fall aber eine Siedlungsbetreuung. Als Vorbild dafür könnte das Projekt „Gesunde Bezirke“ herangezogen werden, das ja auch schon gut gelebt wird in Graz. Für die Bewohner im Bezirk Jakomini ist es enorm wichtig, daher auch der dringliche Antrag, wo ich mich sehr freue, dass die ÖVP dazugekommen ist und ihn auch unterstützt, das möchte ich auch ganz toll sagen, danke sehr, wäre es ganz wichtig, dass es unverzüglich umgesetzt wird, weil die Erfahrung zeigt, wenn es wärmer wird, sind die Leute mehr draußen, sind die Leute mehr im Grünbereich und dann werden die Probleme richtig arg. Das heißt, nur weil es jetzt ein Hauch ruhiger war im Winter, sobald da die Sonne ein bisschen wärmer wird, wird das Problem richtig arg.

Daher stelle ich namens der SPÖ und der ÖVP den gemeinsamen

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat beauftragt die zuständige Wohnungsstadträtin Elke Kahr zu prüfen, welche Maßnahmen der Siedlungsbetreuung ihrerseits gesetzt werden können, um die im Motivenbericht angeführte problematische Situation im Stadtteil Schönau zu entschärfen. Dem Gemeinderat ist bis Mai 2013 ein entsprechender Bericht zu weiteren Beratungen vorzulegen. Dankesehr (*Applaus SPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Gemeinderat Savernik! Danke für den Dringlichkeitsantrag und ich möchte gleich für meine Fraktion vorweg sagen, dass wir der Dringlichkeit und dem Antrag auch zustimmen werden und zwar sehr gerne und zwar aus dem einfachen Grund, weil die Notwendigkeit, in der Stadt Graz Siedlungsbetreuung, Stadtteilarbeit und Gemeinwesensarbeit zu installieren, nicht erst jetzt und auch nicht letztes Jahr, schon in Wirklichkeit vor fünf, sechs Jahren notwendig war, deshalb zur Dringlichkeit ja. Und, das wissen vielleicht einige, die jetzt erst neu dazugekommen sind, nicht, wir haben selbst einen Dringlichkeitsantrag in der vorigen Periode, nicht am Beginn, sondern der vorvorletzten Periode schon gestellt. Tatsache ist, dass Graz da sehr spät dran ist, dass es kein Personal und auch kein eigenes Budget und kein Referat bei der Stadt Graz für diese Gemeinwesensarbeit bisher gegeben hat. Am Beginn der letzten Periode habe ich und auch die Kollegin Rücker das sehr stark eingebracht in der Stadtregierung, es hat dann auch mehrere Diskussionsrunden gegeben, wo man auch versucht hat, das als Querschnittsmaterie zu lösen, indem sozusagen von allen Ressortzuständigen da Mittel zur Verfügung gestellt werden, auch personelle Unterstützung. Lange Rede kurzer Sinn: Es ist dann rausgekommen, dass bei der Stadtbaudirektion eine Person für sogenannte Stadtteilarbeit, aber vor allem bei Verkehr und Infrastrukturmaßnahmen, angesiedelt worden ist und alle anderen Initiativen, die es seit drei Jahren gibt, sind eigentlich vor allem auch mit Unterstützung des städtischen Wohnungsamtes erfolgt. Unter anderem, wie Sie richtig ansprechen, das Gesunde-Bezirke-Projekt mit der Frau STRAPATSAS eignet sich oft für Anlaufgeschichten sehr gut, das haben wir auch sofort genutzt vor drei Jahren, deshalb gibt es auch in der Triester Siedlung ein Stadtteilzentrum, wo es mit sehr hohem finanziellen Aufwand vom Wohnungsamt eigentlich finanziert wird, ohne, das muss ich dazusagen, einen einzigen Euro von der Finanzdirektion zusätzlich zu bekommen. Wir haben seit drei Jahren auch aus eigenen Budgetmitteln, ohne zusätzlich ein Geld zu bekommen, Siedlungsbetreuung bei Konflikten in Wohnhausanlagen, und natürlich kann ich da nur für die stadteigenen Gemeindewohnungen reden, eine Mediatorin gehabt und seit zwei Jahren gibt es

beim Friedensbüro das Projekt Nabas, wo es auch mit Mitteln vom Wohnungsamt noch zusätzlich finanziert worden ist, die sozusagen für das gesamte Stadtgebiet Graz zuständig sind, wenn es da zu Konflikten kommt. Nur zur Information, von den 221 Konfliktfällen beim Friedensbüro waren 35 Konfliktfälle Gemeindewohnungen, nur so viel zur Verhältnismäßigkeit, weil, und das werden all jene, die in diesem Bereich schon lange tätig sind, Ihnen bestätigen, die Konflikte, also Nachbarschaftskonflikte in Gemeindewohnhausanlagen, nicht höher sind als wie in privaten Wohnhausanlagen und Eigentumshausanlagen. Wohl aber, und das muss ich Ihnen sagen, ich bewundere eigentlich unsere BewohnerInnen in den Gemeindewohnhausanlagen, Sie müssen wissen, wir versorgen Menschen, wo mehr wie 70 % mit ihrem Einkommen unter der Armutsgrenze liegen, wir versorgen viele Menschen und hauptsächlich das städtische Wohnungsamt, Menschen die sehr krank sind, die psychisch krank sind, die alkoholkrank sind, die auch drogenkrank sind und ein Teil der Probleme, um auf die Schönausiedlung zu kommen, liegt auch darin. Glauben Sie mir, ich kenne fast jeden Einzelnen, den Sie vielleicht da meinen, und ich kenne auch die BeschwerdeführerInnen, weil ich natürlich sehr oft in der Siedlung bin und das schon seit den letzten 10 Jahre. Aber noch einmal, ich habe mit der Frau STRAPATSAS schon letztes Jahr bezüglich Räume waren wir schon auf Suche, es ist nicht leicht dort Räumlichkeiten zu finden, weil insgesamt der Bezirk Schönau unterversorgt ist, nicht nur mit Grünraum, sondern auch mit Infrastruktur für die Bewohnerschaft, das ist ein großes Manko. Deshalb auch der Appell, Kasernengrundstücke, Kirchnerkaserne, ja nicht zu verbauen, sondern eigentlich zu versuchen, Grünraum...deswegen reden wir zum Antrag nichts mehr, aber ich bin als Stadträtin angesprochen worden und das ist mir wichtig, das zu sagen, damit wir auch keine Luftschlösser hier bauen. Ich kürze es jetzt ab. Stadtteilzentrum macht absolut Sinn, es geht darum, Räumlichkeiten zu finden und es braucht auch finanzielle Ressourcen. Stadtrat Rüschi ist jetzt gerade in ein Gespräch mit der Lisa Rücker, wir haben nächste Woche ein Budgetgespräch, man wird sehen, was wir, weil ich habe dieses Referat jetzt zugeteilt bekommen, momentan ist es noch ein Referat, ein Titel ohne Mittel, wenn ich das so sagen darf, ich habe weder ein Personal dafür noch die finanziellen Ressourcen. Aber sehr, sehr

gerne und ich kann am 13. Mai Ihnen eigentlich nur versprechen, Ihnen und auch dem Gemeinderat einen Zwischenstand zu sagen, es wird sicherlich bis dahin keine Räumlichkeit noch gefunden werden, das fürchte ich, wird in der kurzen Zeit nicht zu lösen sein. Aber dran sind wir, weil der Bezirk braucht es. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Vargas:** Verehrte Damen und Herren! Ich möchte von Seiten der Grünen die Zustimmung der Dringlichkeit zur Kenntnis geben und auch zum Inhalt. Gemeinwesensarbeit ist eine Methode, die 30/40 Jahre alt ist in der Sozialarbeit, es geht um eben Zonen in einer Stadt, die sehr belastend sind, zu entschärfen, indem man eben die Menschen dazu ermutigt mitzuwirken und ich glaube, das kann wirklich eine zukünftige Idee sein, das dort, wo es gerade sehr viele Konflikte in den Siedlungsräumen gibt, das zu entschärfen. Da haben wir ein Angebot jetzt da, das man nützen kann. Ich glaube, die Frau Stadträtin hat es zur Genüge beschrieben, welche Bedürfnisse die Menschen dort haben, es sind Menschen, die hauptsächlich hohe Defizite aufweisen, Krankheiten, Armut etc. Und insofern ist es auch die Gemeinwesensarbeit ein Projekt, ein Instrument, das uns dazu verhilft, sie zum mündigen Bürgern zu machen, also die sich artikulieren können, welche Bedürfnisse sie haben und sie müssen gegenüber der Politik herbringen können. Und wenn wir jetzt sozusagen uns dem versperren, dann werden wir nicht diese Menschen eigentlich ausreden lassen, was sie benötigen. Insofern ist es, nicht zuletzt waren auch wir Grünen lange Zeit, also vor meiner Zeit, als ich hergekommen bin, sehr stark engagiert in der Gemeinwesensarbeit, das hast du gerade erwähnt, Elke, und ich glaube, vor allem in einer Stadt wie Graz, die im Wachsen ist, müssen wir neue Methoden anwenden, um den Bürgern das Gefühl zu geben, dass wir uns um sie sorgen und insofern glaube ich, sehr gut, wenn es im Mai zwar noch keine Räumlichkeiten gibt, zumindest, dass die Bürger erfahren, sie werden ernst genommen in ihren Sorgen und Ängsten. Wir werden diesen Antrag inhaltlich und in der Dringlichkeit unterstützen. Dankeschön (*Applaus Grüne und KPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Savernik**: Danke für diese breite Zustimmung, das ist anscheinend jetzt bei allen SPÖ-Anträgen so, das finde ich gut. Es ist natürlich ein Thema, was alle berührt. Zum Thema, Sie sind seit zehn Jahren dort, ich bin dort geboren, ich habe 20 Jahre dort gelebt, ich kenne die Situation in- und auswendig, meine Mutter hat bis vor zwei Jahren dort gelebt, ich habe sie regelmäßig, wöchentlich besucht, die Situation wird ärger und ärger und das Schönaviertel ist schon immer als Glasscherbenviertel bekannt, es wird nicht besser, es wird ärger. Deswegen ist es toll, dass es so eine breite Zusammenarbeit gibt, es ist illusorisch und realitätsfremd, dass man sagt, bis 13. Mai haben wir einen Raum, das ist auch überhaupt nicht die Forderung. Es ist ganz klar, dass jetzt einmal das geprüft wird und dass das...aber ich finde, die Zustimmung ist einfach wunderbar und es gefällt mir sehr gut, wenn wir da zusammenarbeiten, bringen wir auch was Tolles zusammen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dipl.-Ing. **Schimautz** zum Antrag: Danke, Herr Kollege Savernik, danke dafür, dass du, lieber Werner, den Stadtteil Schönau auf die Tagesordnung gebracht hast, vielen Dank. Dass das Schönaviertel im Bezirk Jakomini zu den sozial benachteiligten Stadtteilen und Brennpunkten in Graz gehört, ist unbestritten. Aus diesem Grund hat dieser Stadtteil auch Entwicklungsbedarf mit höchster Priorität. In der Vergangenheit wurden ja bereits, vor allem im Bezirk Gries, aber auch jüngst im Bezirk Lend, große Anstrengungen durch gezieltes Stadtteilmanagement und entsprechende, sozial strukturelle Begleitmaßnahmen unternommen. Diesen Fokus verdient nun mehr auch das Stadtviertel Schönau, das erfordert aber gemeinsame Anstrengungen aller. Auch im Rahmen des Auditverfahrens familienfreundliche Gemeinde wurde ein besonderes Augenmerk auf diesen Stadtteil geworfen. Diesbezüglich fand am 18.6.2012 eine Auditveranstaltung im Jugendzentrum Fantastic mit dem Thema

„Familienfreundliche Angebote mit niederschwelligem Zugang“ statt. Im Bericht zur Auditveranstaltung und der Steuerungsgruppe wurde unter anderem angeregt, ich zitiere: „Stadtteilmanagement in Gebieten mit großer Wohnbaudichte und erhöhtem Aufmerksamkeitsbedarf“, zum Beispiel dem Schöнауviertel, das heißt, dort wurde auch schon auf das Schöнауviertel hingewiesen, „für die Gemeinschaftsarbeit einzurichten. Damit sollen niederschwellig der Kontakt und die gezielte Entwicklung in den belastenden Zonen ermöglicht werden. Dabei werden Orte der Begegnung und Freiraum in Ballungszentren für Kinder, Jugendliche sowie Familien geschaffen“, Zitat Ende. Im Schlussbericht zum Auditverfahren vom Oktober 2012 wurden daher vertiefende Einzelprojekte in einzelnen Quartieren zur Stadtteilentwicklung entwickelt. Entwicklungen innovativer Zusammenarbeitsmodelle im öffentlichen Raum für das Schöнауviertel wurden auch empfohlen. Wie Sie sehen, gibt es auch von dieser Seite hohe Aufmerksamkeit und Priorität für das Schöнауviertel und da braucht es auch eine gemeinsame Anstrengung, um eine nachhaltige und dauerhafte sozial integrative Entwicklung für den Stadtteil Schöнау zu bewirken, die sich nicht nur auf die Setzung von kurzfristigen, punktuellen Einzelmaßnahmen beschränkt. In diesem Sinne darf ich im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion unsere Zustimmung und Mitwirkung zusagen, der Stadtteil Schöнау hat sich das verdient. Dankeschön (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Da muss ich mich jetzt noch einmal zu Wort melden. Danke für das wirklich tolle Plädoyer vom Herrn Gemeinderat. Wenn das alles ehrlich gemeint ist, dann werden wir dort auch etwas erreichen und es wird sich zeigen noch einmal bei den Budgetverhandlungen und ich kann wirklich nur euch, die ÖVP, die SPÖ und auch die FPÖ, ersuchen, und da geht es nie meistens um Riesenbeträge, weil wenn ich nur denke, heute Stadtsenat, wir haben heute Magna Steyr macht internationalen Kongress, da tun wir so locker 20.000 Euro Subvention, wo ich mir denke eigentlich, die könnten das auch locker so berappen, aber wie immer. In der Stadtteilarbeit geht

es oft gar nicht um die großen Summen und ich weiß aber, wie schwierig das war, allein in den letzten Jahren um ein paar tausend Euro das zu erreichen. Also noch einmal bitte um Unterstützung, dann wird das auch gelingen dort. Aber eines möchte ich auch noch zu bedenken geben, und das ist jetzt ein Plädoyer an die Planungssprecher in dem Haus, wie richtig angesprochen worden ist, die Schönausiedlung ist ein Gebiet mit hoher Dichte, unterversorgt mit Grünraum, wie ich schon angesprochen habe und ich kann mich da noch erinnern, vor ein paar Jahren ist es darum gegangen, Bebauungsplan Schönaugürtel, Grundstück Stadtwerke Graz, Sargtischlerei ehemalige, wir haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, gebeten, bitte wenigstens einen Teil dieser Fläche für die Stadt Graz, also für die Bewohner dort zu sichern, ist eigentlich von einer uns nahestehenden Gebietskörperschaft... das hätte nicht den Riesenbetrag auch gekostet. Zum Unterschied jetzt von Styria Graz, wo man prekaristisch für zehn Jahre uns um 100.000 Euro müssen eine Grünfläche rückmieten, nein, GBG hat das vertschepert eben an die WEGRAZ, die haben da hinten 150 Wohnungen jetzt hineingeklopft. Schaut euch das bitte an, die Probleme sind vorprogrammiert, weil unmittelbar an die Grundstücksgrenze von unseren stadteigenen Gemeindewohnungen, die haben einen Micky-Maus-Grünstreifen dort, 40 Kinder, es ist eh, noch einmal, bewundernswert, dass nicht mehr Probleme im Zusammenleben in Wirklichkeit entstehen. Aber ich bitte Sie, schauen Sie sich das an, Schönaugürtel, das Projekt dahinter, das ist schlichtweg eine stadtpolitische Katastrophe (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 5) Beibehaltung der Terminologie „Türkenkriege“ in städtischen Publikationen sowie Erhalt der Ausstellung „Zum Schutz des Landes“**

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Um diese beiden Punkte geht es, die sind inhaltlich einigermaßen eng miteinander verknüpft und ich möchte versuchen, das auch entsprechend hier darzulegen. Die Ausstellung „Zum Schutz des Landes“ im Zeughaus ist ersatzlos gestrichen, Sie werden das wahrscheinlich mitbekommen haben. Einige Ausstellungsstücke sind bereits in die Riegersburg verfrachtet worden, um dort in einem anderen Kontext auch ausgestellt zu werden und andere sind überhaupt ins Archiv gekommen und nicht mehr der Öffentlichkeit zugänglich. Der Vorwand war, und das ist ein Vorwand und das kann ich auch im Anschluss entsprechend belegen, dass der Eingangsbereich zu klein bemessen ist und ein zeitgemäßer Museumsbetrieb so nicht mehr möglich ist. Es ist dann dort um günstige, preiswerte 1,3 Millionen Euro der Eingangsbereich neu realisiert worden und in weiterer Folge soll dort das Infozentrum des Graz Tourismus sowie, und wir haben das vorher auch bereits in einer Anfrage kurz angesprochen, sowie ein Büro von „City of Design“ angesiedelt werden.

In einem Nebensatz, der in den Medien auch veröffentlicht war, hat der Direktor des Joanneums, Hofrat Dr. Wolfgang Muchitsch, dann die mutmaßlich wahren Gründe des Verschwindens dieser Ausstellung angesprochen. Er hat nämlich gesagt: „Richtig ist, dass die frühere Ausstellung nicht dazu konzipiert war beziehungsweise beigetragen hat, stereotype Feindbilder abzubauen“, also um das geht es. Das ist nichts anderes als ein Kniefall vor einer ethnischen Minderheit, die sich im Gegensatz zur Wissenschaft hier über eine auch, meiner Meinung nach, erfundene Aussage oder einem erfundenen Mythos, den man dieser Ausstellung auch zugrunde legt, darüber mokiert hat und das Ganze moniert. Und dem Ganzen ist aus freiheitlicher Sicht entgegenzutreten beziehungsweise zu entgegen, dass eben die gegenständliche Ausstellung, die ja von 1997 bis Ende letzten Jahres auch gezeigt worden ist, niemals eben die Zielsetzung auch gehabt hat oder entsprechend die Zielsetzung verfolgte,

ethnische Konflikte in der Gegenwart zu thematisieren, geschweige denn diese zu schüren, wie es hier unterstellt wird. Plötzlich wird sozusagen aus einem geschichtlichen Faktum, das kann ich auch anhand von Quellen belegen, ich habe einiges mit, schauen wir, ob die Zeit reicht, plötzlich wird aus einem geschichtlichen Faktum, das wesentlich auch zur Identität dieser Stadt beigetragen hat, ich erinnere nur, dass auch die Befestigung des Schloßbergs durch Domenico Dell'Allio ein Grund war dieser Bedrohungsszenarien und vieles erinnert heute auch noch in dieser Stadt daran, das hat wesentlich zu der Identität unserer Stadt beigetragen, und jetzt will man hergehen im Sinne eines zeitgeschichtliche Politikums und hier diese Dinge der Vergangenheit, diese geschichtlichen Tatsachen aus der Geschichtsschreibung und der Geschichtsdarstellung streichen oder zumindest leugnen. Hier passt auch ein Artikel aus dem Historischen Jahrbuch oder eigentlich sind es zwei Artikel aus dem Historischen Jahrbuch der Stadt Graz, Band 42, gut dazu, das ja vom städtischen Kulturamt herausgegeben wird, wo in einem Artikel von einer Frau Biedermann das Landeszeughaus thematisiert worden ist und die herleitet und sagt oder sich die Frage stellt, inwieweit der Krieg im Allgemeinen eine museale Darstellung finden soll. Es geht dann so weit, dass der Artikel herleitet, dass so quasi das Zeughaus, das ja ein Publikumsmagnet ist und das Museum ist, das am meisten Menschen, Touristen auch anzieht, eigentlich keine Berechtigung hat, als Museum zu fungieren, weil es früher einmal ein Waffenarsenal war und das als Museum in Wirklichkeit nicht berechtigt ist und auch so die Frage in den Raum gestellt wurde, ob das überhaupt noch Sinn macht oder ob das überhaupt gerechtfertigt ist, so ein Museum auch weiter zu erhalten, nachdem die Bürger das bei Maria-Theresia, wo man das ja schon zu machen wollte, wo man das Zeughaus ja schon schließen wollte, durchgekämpft haben, dass es eben nicht geschlossen wird. Und ein anderer Artikel geht um den Bollwerkmythos von Zsuzsa Barbarics-Hermanik, die eben hier ihren Artikel begründet mit einem offiziellen Einwand der Vertretung der Republik Türkei, dass vor allem in der Ausstellung hier stets von Türken die Rede wäre und das für türkische Staatsbürger heute eine verletzende Terminologie ist. Dem hat sich auch der Migrantenverein beziehungsweise der Migrantenbeirat angeschlossen, der ist da auf den Plan gerufen

worden und prompt ist die Auflösung der Ausstellung im Laufe des Jahres 2012 durchgeführt worden.

Interessant ist, dass die Stellungnahme diplomatischer Vertreter der Türkei und jene türkischer Wissenschaftler sehr stark auseinandergeht. Eine mündliche Stellungnahme des Direktors des Istanbuler Topkapi-Museums, ich bin gerne bereit, das auch...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Langsam zum Ende kommen, bitte.

GR. Mag. **Sippel**: Wir sind sehr gut in der Zeit heute, wir haben auch nur einen Antrag heute....eine mündliche Stellungnahme des Direktors des Topkapi-Museums und ich bin gerne bereit, dann auch die folgende schriftliche Stellungnahme dieses Herrns auch den Klubs zur Verfügung zu stellen gegenüber österreichischen Historikern, zeichnet nämlich ein völlig anderes Bild. Diese Sichtweise deckt sich auch letztendlich mit der Darstellung dieser historischen Ereignisse auf der Homepage des Grazer Zeughauses, wo es bis heute heißt: „Als Grenzland war die Steiermark von ständigen Einfällen bedroht, seit dem 15. Jahrhundert vor allem durch die Osmanen, die besonders gefürchtet waren: einerseits auf Grund der Idee des Glaubenskampfes, der Islam schreibt die Verteidigung des Glaubens durch das Schwert vor, andererseits aufgrund des ihnen vorausseilenden Rufes, besonders aggressiv und beutegierig zu sein. Tatsächlich bestritt die Mehrzahl der Kämpfer ihren Lebensunterhalt durch Raub und Verkauf von Gefangenen am Sklavenmarkt.“ Nachdem ich jetzt nicht mehr viel Zeit habe und ich davon ausgehe, dass Sie alle meinen dringlichen Antrag gelesen haben und auch wahrscheinlich verstanden haben, um was es uns hier geht, möchte ich jetzt zum Antragstext kommen und den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

mit folgendem Inhalt stellen. Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Der Gemeinderat bekennt sich zum verantwortungsvollen Umgang mit dem historischen Erbe der Stadt Graz. Dieses Bekenntnis beinhaltet jedenfalls auch das Beibehalten des Begriffes „Türkenkriege“ in der historischen Darstellung durch Publikationen der Stadt Graz. Der Gemeinderat stellt unmissverständlich fest, dass die Erörterung historischer Ereignisse und die Verwendung der dazu gehörenden Terminologie nicht dazu geeignet sind, eine gegenwärtig in Graz anwesende Ethnie zu diskriminieren.
- 2.) Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden ersucht, an die in Frage kommenden Stellen des Landes Steiermark, im Speziellen an Kulturlandesrat Dr. Christian Buchmann, heranzutreten und seitens des Gemeinderates die Installierung einer aktualisierten Version der Ausstellung „Zum Schutz des Landes“ zu erbitten.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, lieber Armin! Wir haben soeben deine Ausführungen gehört und ich glaube, da ist einmal zunächst einiges klarzustellen oder richtigzustellen. Wir haben natürlich, das möchte ich vorwegschicken, mit dem Herrn Landesrat Christian Buchmann Verbindung aufgenommen und es stellt sich keineswegs so dar oder in gewissen Punkten, da ist deinen Ausführungen eben entgegenzuhalten und zwar, es ist richtig, dass dieser Umbau im Zeughaus insgesamt 1,3 Millionen Euro gekostet hat, davon entfielen 650.000 Euro auf die Liftanlage, die nach allen Urteilen von Touristikern und von Behindertenvertretern längst überfällig war, sie ist museal und denkmalschützerisch

eingepasst. 650.000, also schon mehr als die Hälfte oder die Hälfte exakt. 281 entfielen auf sicherheitstechnische Verbesserungen für das Haus, ...werden dort verwahrt und daher ist das höchst notwendig gewesen. Die Halle selber hat 364.000 im Umbau gekostet. Die Halle, die aber jetzt ermöglicht die Betreuung von 12.000 übers Jahr, sind das die SchülerInnen, die dort das Museum besuchen, die hatten überhaupt keinen Betreuungs- und Gemeinschaftsraum, um ihnen Dinge einmal darzulegen. Es ist die ganzjährige Öffnung des Zeughauses jetzt gewährleistet, eine wesentliche und wichtige Errungenschaft auch für die Stadt, das sind nur einmal ganz wesentliche Punkte. Ein weiterer Punkt ist, dass die von dir angeführte Verbringung von gewissen signifikanten Ausstellungsstücken aus unserer Stadt nicht stattgefunden hat, alles wird in den bestehenden Sammlungen integriert, es wird nichts sozusagen über die Stadtmauern hinaus entfernt, die es ja ohnedies nicht mehr gibt. Es ist weiters auszuführen, und da möchte ich jetzt zu dem einen Punkt, den du auch immer wieder anführst, Türken usw. Es steht uns hier nicht an, bitte, eine politische Terminologie zu verordnen, es ist so ein Inhalt unserer Beschlussfassung gar nicht zugänglich. Es ist seit dem Jahr 1867 in unserem Staatsgrundgesetz im Artikel 17 die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Selbstverständlich haben sich die Historiker und die Wissenschaftler dem Diskurs zu stellen und den kann jeder von uns mit ihnen führen, aber nicht per Beschlussfassung oder per Dekret. Wir werden selbstverständlich aufmerksam und uns auch an diesem Diskussionsprozess beteiligen, aber ich darf zum Schluss kommen, wir stimmen oder sind nicht in der Lage, diesem Antrag zuzustimmen. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben erst überlegt, ob wir zu diesem Antrag überhaupt etwas sagen sollen oder nicht besser es einfach übergehen, weil inhaltlich er sich teilweise von selber urteilt. Aber als ich die Ausdrücke gehört habe, besonders aggressiv und beutegierig, die Sie verwendet

haben, habe ich eigentlich dann doch gedacht, das trifft eher auf diejenigen zu, deren Parteikürzel zumindest zwei Buchstaben teilen und ich wollte jetzt auch etwas zum Inhalt sagen. Die sachlichen Einwände hat der Kollege Piffli-Percevic schon ausgeführt, dass es nicht seriös recherchiert ist, wohin jetzt die Objekte der Ausstellung gekommen sind. Es ist eine zweite Sache, die ebenfalls nicht seriös recherchiert ist, wo ich mir erwartet hätte, dass Sie mit abgeschlossenem Geschichtstudien das sehr wohl können, nämlich den gesamten Diskurs über historische Terminologie, der eben genau das beinhaltet, dass man Begriffe, die historisch tradiert sind, sehr wohl hinterfragt, dass man sehr wohl hinterfragt, was es heutzutage bedeutet, welche Stereotype usw. sich bei Begriffen hinter verstecken und ob diese noch zeitgemäß sind. Es ist Stand der Wissenschaft, dass es unterschiedliche Ansätze gibt, dass es unterschiedliche Bezeichnungen, Formulierungen gibt, genau das ist seriös, die Wissenschaft, die, ich denke, Sie auch zumindest geschnuppert haben sollten in Ihrem Studium und wenn Sie jetzt darauf zu sprechen kommen in Ihrem Antrag, dass das wesentlich zur Identität unserer Stadt beigetragen hat, mag das vielleicht für Sie gelten, ich bin froh, dass es für den Großteil der Bevölkerung sicher nicht gilt. Ein zweiter Punkt, den Sie erwähnen, dass hier ein zeitgeschichtliches, fast entsteht der Anschein, als sollten hier historische Tatsachen verleugnet oder zumindest nach gegenwärtigem politischen Überlegungen umgedeutet werden, das kenne ich auch eher aus Ihrer Richtung und nicht von dem, was Sie hier im Antrag kritisieren. Dass es nach wie vor notwendig ist, historisch kritische Betrachtung von solchen Begriffen zu machen, zeigen Beispiele, die nach wie vor leider immer noch in unseren Schulbüchern sind wie aus der dritten Klasse Volksschule, ernste Zeiten in Graz, die drei Landplagen auf dem Grazer Landplagenbild am Dom, sind die drei Landplagen, Heuschrecken, Türken und Pest dargestellt, ohne jegliche Einschränkung, dass das ein historischer Begriff ist. Die Dringlichkeit wäre also vielmehr dahin gegeben, solche Hinterfragungen, wie sie zum Glück in der Ausstellung, wie sie zum Glück im Jahrbuch erfolgt sind, voranzutreiben und nicht, wie bei Ihnen, eben genau stereotype Geschichtsbilder und Darstellungen wieder zu forcieren. Sie zitieren den Dr. Muchitsch aus gutem Grund und ich denke, aus gutem Grund hat er sich auch

entschieden nach wissenschaftlichem Diskurs, die Ausstellung eben nicht mehr in der bisherigen Form zu zeigen, weil sie eben genau nicht dazu beigetragen hat, stereotype Feindbilder abzubauen. In diesem Sinne ist für Ihren Antrag überhaupt keine Dringlichkeit gegeben, im Gegenteil, es wäre deutlich mehr Dringlichkeit gegeben, weiterhin darauf zu achten, dass in den Schulbüchern, in den Führungen, die von der Stadt oder von anderen Personen gemacht werden, dass in öffentlichen Publikationen, auf die die Stadt jetzt keinen direkten Einfluss hat, dass in all diesen Dingen seriöse Betrachtung und Reflektion der Worte gemacht wird und wenn Sie so großartig türkische Wissenschaftler zitieren, wissen Sie nicht, wovon Sie reden, ich habe etliche Jahre mit Kollegen aus der Türkei gearbeitet, aus Bulgarien, aus all diesen Ländern, die viel deutlicher osmanische Einflüsse hatten, die die Begriffe heutzutage längst nicht mehr unreflektiert verwenden. Also vielleicht sollten Sie Geschichte lernen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Sippel**: Ja, was den wissenschaftlichen Diskurs betrifft, ja selbstverständlich ist die Wissenschaft frei und es steht auch jedem zu, eine Meinung zu haben. Nur es wird dann kritisch, und das hat ja gerade die Kollegin Grabe auch gesagt, wenn Dinge, geschichtliche, historische Wahrheiten zum Beispiel aus den Schulbüchern, wie das in Wien auch der Fall ist, gestrichen werden sollen, dann werden hier im wenigsten schlimmsten Fall historische Tatsachen verschwiegen oder auch umgedeutet und das ist etwas, eine Art Geschichtsklitterung, gegen die wir uns verwehren und wenn man (*Applaus FPÖ*) auch davon sprechen, dass die Wissenschaft frei sein soll, dann erwarte ich mir zumindest, dass auch gegenteilige Meinungen, gegenteilige Ansätze in einem historischen Jahrbuch der Stadt Graz auch entsprechend Niederschlag finden, weil es gibt nämlich namhafte Experten, ein Dr. Pfaffenbichler in Wien vom Naturhistorischen Museum, auch ein Dr. Krenn, der jahrelang Leiter der Zeughauses war und eben auch der Direktor des Topaki-Museums, die hier diese Dinge und diese Vorgänge ganz anders sehen, da sollte man

auch, wenn die Stadt Graz schon Druckwerke und Publikationen herausgibt, auch andere Meinungen diesbezüglich zulassen und nicht ganz einfach so etwas als ultima Ratio hinstellen und dann nur sich das Ganze anschauen, was dann passiert, nämlich, dass hier eine erfolgreiche Ausstellung einfach aus diesen Gründen und mit einem Kniefall, und es ist es und dazu stehe ich, mit einem Kniefall vor hoch ideologisierten Historikern, Publizisten, Pseudowissenschaftlern einfach abgedreht wird. Also das ist etwas, gegen das es entgegenzutreten gilt und ich frage mich, was wird sein, wenn dann in weiterer Folge das Gottesplagenbild, und das hat die Kollegin Grabe auch angesprochen, am Dom, das ja eines der großen kulturhistorischen Schätze dieser Stadt ist, wenn das plötzlich übermalt werden wird, weil da vielleicht der eine oder andere...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Sippel**: Na gut, wenn ich mir diese Debatte so anschau, dann kann ich mir durchaus vorstellen, dass manche bereit sind, soweit auch zu gehen oder dass diese türkische Figur, dieser Halbtürke da im Palais Saurau oder die, wie sagt man da so genau?, Halbtürke oder ...der Halbtürke, der beim Palais Saurau herauschaut, der wird dann wahrscheinlich auch in dem Zusammenhang abmontiert werden und da schaue ich mir an, ob Sie als ÖVP da so ohne weiteres mir nichts, dir nichts zuschauen. Wir verwehren uns gegen die Umdeutung der historischen Tatsachen, das ist eine Methode, die nicht die FPÖ anwendet, ganz im Gegenteil, sondern das ist eine Methode, die wir in Wirklichkeit aus totalitären Regimen kennen, das hat der Kommunismus gemacht, das hat auch der Nationalsozialismus gemacht, da ist einfach Geschichte im jeweiligen Sinne umgedeutet worden und das ist etwas, warum wir hier heute auch stehen, dem Ganzen auch mit der entsprechenden Nachhaltigkeit

entgegenzutreten. Wir erleben das immer wieder, das ist eine schleichende Umkehrung des Geschichtsbildes. Ich erinnere hier nur an die ganzen Maßnahmen, wo es darum geht, einfach Umbenennung von Straßennamen auch durchzuführen, wo man einfach historische Wahrheiten und historische Tatsachen aus dem öffentlichen Raum streichen möchte. Und abschließend vielleicht noch ganz kurz, weil ich es vorher auch gesagt habe, wie die Quellen hier auch stehen und wie das Ganze auch in den Quellen dasteht, und da ist sehr wohl von dem die Rede, was Sie da in Abrede stellen, nämlich da heißt es über die Kriegszüge der Türken im August 1480 von einem Augenzeugen: „Danach an dem achtzigsten Jahr an Sankt-Afra-Tag“, das war der 7. August, „da kamen die verfluchten huntischen machmetischen Türken heimlich, verstohlen und unwissentlich in unser Land und Gegend und verwüsteten im Raub, Brand und ihrer Grausamkeit und haben niemanden verschont. Auch Weib und Mann und etlichen Enndten mit all ihrem Hausgesinde an Ketten gebunden und verführt, die Kindpettern mitsamt den Kindern aus den Betten genommen und verführt, die schwangeren Frauen endlich und dem Herr erst, also etlichen dem Heer erst geperdt und auf dem Weg der Gefangenschaft und die Türken haben von den Frauen die Kinder genommen und getötet und über die Zäune ausgeworfen“, also aufgespießt. Also das sind die Quellen, und dann herzugehen, auch wenn das über 500 Jahr her ist, und zu sagen, das ist nicht passiert oder das können wir jetzt irgendwie untern Teppich kehren, ist das dem historischen Ansatz, den wir verfolgen, und das schulden wir auch den Menschen, auch wenn es 500 Jahre her, die damals dieses Leid erfahren haben und wir verwehren und ganz einfach gegen ein Geschichtsklittering und gegen...

Zwischenruf GR. Krotzer: Die Redezeit ist längst vorbei.

GR. Mag. **Sippel**: Die Redezeit ist längst vorbei, ich höre jetzt auch auf, aber ich möchte noch mit dem Appell schließen, dass ich wirklich auch in Ihre Richtung sage, darüber nachzudenken, nicht hier totalitäre Methoden auch anzuwenden und historische Tatsachen in zeitgeistiger und zeitgeschichtlicher Manier einfach unter den Tisch zu kehren, das ist nicht unser Ansatz, und nachdem der Antrag auch zwar jetzt nicht die Zustimmung finden wird, er hat zumindest den Eingang auch in die Medien gefunden, das ist, glaube ich, gerade bei diesem Thema wichtig und regt zum Nachdenken an (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Wasser ist ein Menschenrecht

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! In meinem Antrag geht es um das Thema Wasser, Wasserprivatisierungen, Thema, das uns in den letzten Wochen und Monaten beschäftigt hat. Es gibt große europäische BürgerInneninitiative „Right2water“, die mittlerweile eine 1.250.000 Unterschriften von den Europäerinnen und Europäern bekommen hat mit dem Ziel, dass Wasser weiterhin nicht an private Firmen vergeben werden soll. Hintergrund ist eine neue Konzessionsrichtlinie der EU zur Vergabe von Dienstleistungen im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste, wo eben auch

eine Schleuse für die Privatisierung von Trinkwasser geöffnet werden könnte. Ich habe in meinem Antrag ganz klar geschrieben, dass auch JuristInnen in der derzeit vorliegenden Fassung der Konzessionsrichtlinie keinen Zwang, aber eine Option, eine Möglichkeit sehen, dass hier Wasser privatisiert werden könnte. Und es warnen auch alle, und da muss ich sagen, auch Mitarbeiter der Stadt Graz, die sich mit dem Thema beschäftigen, davor, dass diese EU-Konzessionsrichtlinie in der derzeit vorliegenden Form beschlossen wird. Und die Eckpunkte habe ich beschrieben, die auch Graz betreffen würden, das ist einerseits die Auftragshöhe von acht Millionen Euro, wo wir weit drüber sind, wenn wir Trinkwasser und Abwasser anschauen und andererseits auch die grundsätzliche Konzessionspflicht, wenn ein gemeindeeigenes Unternehmen übertragen wird und hier an die Umsatzgrenze von weniger als 80 % des Gesamtumsatzes, was in Graz auch der Fall ist. Ich weiß nicht, ob Sie sich in den letzten Wochen noch damit beschäftigt haben, es gab ja im Jänner 2013 aufgrund massiver Proteste zumindest das Ergebnis, dass der Kommissionsentwurf nicht beschlossen wurde. Er wurde jetzt weitergeleitet an sogenannte Trilog-Verhandlungen zwischen EU-Ratskommission und EU-Parlament. Es ist so, dass diese Trilog-Verhandlungen genau heute, nämlich am 21. März, starten und bis zum 10. Juni dauern werden mit dem Ziel, dass die Standpunkte von EU-Kommission, Ministerrat und EU-Parlament angenähert werden. Der derzeitige Entwurf der Konzessionsrichtlinie wird vom Österreichischen Gemeindebund, dem Ausschuss der Regionen und auch von der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach, wo eben auch die Stadt Graz vertreten ist, dezidiert abgelehnt und es wird eine Entschärfung durch Herausnahme der Wasserversorgung verlangt.

Jetzt weiß ich schon, dass es im österreichischen Parlament auch im Jänner einen Schließungsantrag gab, der aber nicht weitgehend genug ist, da ging es einfach darum, dass das Wasser nicht privatisiert wird, in den Verfassungsrang zu heben, das dauert erstens ziemlich lang, bis so etwas umgesetzt ist und die Verhandlungen laufen jetzt und zweitens, und ich erinnere mich noch, das ist eigentlich eine Diskussion, die uns begleitet hat seit Beginn an der EU-Mitgliedschaft in Österreich und es kommt immer wieder und wir alle wissen, dass EU-Recht vor österreichischem

Recht geht. Daher bin ich der Meinung, dass der Antrag dringlich ist und auch vom Inhalt sehr wichtig ist, dass die Stadt Graz ein eindeutiges Zeichen setzt im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger und bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Pogner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Andrea, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Wasser ist ohne Zweifel ein ganz wichtiges Gut und das ist unser aller Wasser, von dem wir alle miteinander leben und das brauchen wir selbstverständlich und daher hat unsere Regierung in Wien, der Nationalrat, im Jänner einen Entschließungsantrag gemacht und das heißt, wie du richtig gesagt hast, der Nationalrat hat das bereits diskutiert, hat das festgestellt, es ist wichtig, es ist vordringlich und hat schon etwas unternommen. Das heißt, das Ganze ist schon auf dem Weg, das Ganze ist auf dem Weg nach Brüssel, und wenn man jetzt hinten nach hechtet und versucht, auf einen fahrenden Zug aufzuspringen, dann ist man zwar gut dran, aber man muss sehr schnell laufen, um die in Wien noch einholen zu können. Daher ist es für uns nicht dringlich, weil der Zug nach Brüssel schon fährt (*Applaus ÖVP*).

GR. **Krotzer**: Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Die KPÖ unterstützt natürlich den Dringlichkeitsantrag der grünen Fraktion und wir teilen den Standpunkt, dass Wasser ein Menschenrecht ist, das unter keinen Umständen dem Profitstreben privater Konzerne geopfert werden darf. Wir weisen zugleich die Verharmlosung dieser Richtlinie der EU-Kommission entschieden zurück, wonach es keinen Zwang, sondern bloß die Option zur Privatisierung gäbe. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass es von den ersten Rissen bis zum endgültigen Dambruch oft nur ein sehr kurzer Weg ist. Das gilt insbesondere unter dem Aspekt, dass die von der EU diktierte neoliberale Sparpolitik, Stichwort

Maastricht-Kriterien, Stichwort Fiskalpakt, die in Österreich willfährig umgesetzt wird, dass das dazu führt, dass die Gemeinden finanziell ausgeblutet werden. Als Konsequenz daraus werden dann aus budgetären Zwängen neben Tariferhöhungen oder Personalabbau zunehmend kommunale Leistungen an private Betreiber vergeben und kommunale Einrichtungen ausgegliedert oder privatisiert. Die Richtlinie ist dabei nur der berühmte erste Schritt. Dahinter steht die Absicht, dass die öffentliche Daseinsvorsorge generell privaten Profitinteressen zugänglich gemacht werden soll. Wir haben das gesehen bei der Post, bei der Telekom, bei der Bahn, bei der Pensionsvorsorge, in anderen wesentlichen Bereichen der Daseinsvorsorge. Überall dort haben wir die Erfahrung gemacht, dass Privatisierungen, dass davon nur Aktionäre profitieren, während die Beschäftigten durch Arbeitsplatzvernichtung, Lohn- und Sozialdumping davon verlieren, die Allgemeinheit von Tariferhöhungen und Qualitätsverschlechterungen sowie unsicherer Versorgung betroffen ist und die politischen Gremien die Gestaltungsmöglichkeiten verlieren. Die Wasserversorgung darf eben, wie die gesamte öffentliche Infrastruktur, keine Spielwiese für Konzerne und die ihnen hörigen Politiker sein. Wasser und andere öffentliche Dienstleistungen sind keine Handelsware, sondern ein grundlegendes Bedürfnis. Als kommunistische Partei verweisen wir zugleich, dass die Konzessionsrichtlinie zur Dienstleistungsvergabe sich nur in eine lange Liste unsozialer EU-Vorgaben einreicht, die einen massiven Angriff auf soziale und demokratische Grundrechte der Menschen in Europa bedeutet. Die EU ist aus unserer Sicht ein Instrument der Elite und des Großkapitals, der Banken und der Konzerne und damit eben nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Wir sind der Meinung, dass es demgegenüber eine Gesellschaft- und eine Wirtschaftsordnung braucht, in der die Bedürfnisse der Menschen wichtiger sind als Profitstreben (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Nachdem ich aus den Vorgesprächen mit den einzelnen Fraktionen davon ausgehen kann, dass die Dringlichkeit dieses Antrages unverständlicherweise abgelehnt wird, möchte ich schon zur Dringlichkeit noch sprechen. Ich habe das auch in den Vorgesprächen gesagt und darf das jetzt noch einmal zitieren, und zwar den Verfassungsexperten Theo Öllinger, sicher ein sehr renommierter Experte und der sagt dezidiert: Auch Bemühungen um die Festschreibungen der Wasserversorgung in der Verfassung hätten geringe Auswirkungen, da das Recht der EU auch Vorrang vor der Österreichischen Bundesverfassung hat. Und wenn wir dann lesen in dem Entschließungsantrag, von dem der Herr Kollege Pogner gesprochen hat, da steht nur: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat möglichst rasch den Entwurf einer verfassungsrechtlichen Regelung vorzulegen, mit der die Republik Österreich ihre Kontrolle über die Wasserversorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser weiterhin sicherstellt und Wasserversorgung als Ziel der öffentlichen Hand verankert.“ Das hat also gar nichts mit meinem Antrag zu tun, wo es ja darum geht, dass die Bundesregierung mit Nachdruck die österreichische Regierung auffordert, eben bei den EU-Parlamentariern, bei der Kommission und im Rat entsprechend vorzunehmen. Und ich möchte in dem Zusammenhang schon erwähnen, wir hatten schon eine Abstimmung im EU-Parlament und bei dieser Abstimmung hat als Einzige die grüne Fraktion gegen diese Konzessionsrichtlinie gestimmt. Alle anderen Fraktionen haben zugestimmt, woher Sie also Ihre Hoffnung, ich weiß, das ist eine Information, die ich von meiner Kollegin im EU-Parlament bekommen habe, woher Sie also irgendwie den Optimismus nehmen, dass mit diesem Entschließungsantrag, der nur auf die österreichische Verfassung abzielt, schon alles geregelt ist, kann ich nicht nachvollziehen. Ich gehe davon aus, dass uns dieses Thema weiterhin begleiten wird und wird sicher eine Diskussion geben in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Verwendung der zu erwartenden Mittel aus Preisanpassung Parkgebühren

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Es ist ja eine Parkgebührenerhöhung vorgesehen von Stadtrat Eustacchio und Erhöhung der Parkgebühren; ist aus unserer Sicht eindeutig eine vertretbare Lenkungs- und Finanzierungsmaßnahme. Wir unterscheiden uns da ein bisschen von den Kommunisten, die das als Abzocke bezeichnet haben, zumindest in der Presse, ich weiß, in der Presse ist es gestanden, keine Ahnung, Kleine Zeitung vor ein paar Tagen. Wir sehen die Abzocke aber anders. Wenn Abzocke stattfindet, dann beim öffentlichen Verkehr. Dort wird ja heuer um mehr als das 1,75-fache Inflationsrate erhöht, voriges Jahr konnte es die Stadträtin, damalige Vizebürgermeisterin, Lisa Rücker wegverhandeln, heuer wird es nachgeholt. Wir hatten dieses Thema heute schon, das ist hochgradig unerfreulich. Aber zur Preisanpassung bei den Parkgebühren. Der Stadtrat Eustacchio, der diese Preisanpassung hoffentlich schon fix einplant, wird es auch Zeit, über eine sinnvolle Verwendung dieser Gebühren nachzudenken. Die Preisanpassung ist, wie gesagt, durchaus auch ok, wir haben sie 20 Jahre nicht erhöht, ich glaube, das brauchen wir da eh nicht sehr intensiv diskutieren. Aber die Frage ist, was tun wir mit diesen zusätzlichen Mitteln? Die sind ja an sich zweckgewidmet im Verkehrsbereich, aber nach einer Pressemeldung sollen die denen zurückgegeben werden, die sie zahlen und das klingt aus unserer Sicht sehr stark nach Park-&-Ride-Maßnahmen und um das geht es im Ganzen, weil eigentlich haben wir ja verkehrspolitische Leitlinien beschlossen und eine Verkehrspolitik beschlossen, die ganz stark Richtung sanfter Mobilität geht. Park-&-Ride-Maßnahmen

gehören nicht unbedingt zur sanften Mobilität dazu und deswegen muss man einfach schauen, wo kann man das Ganze sinnvoll einsetzen. In diesem Sinne soll der in den letzten fünf Jahren eingeschlagene Weg einer Attraktivierung des ÖV fortgesetzt werden, dazu zählt einerseits der Netzausbau und der Ausbau des ÖV und andererseits leistbarer ÖV, die Tarifgestaltung liegt ja nicht ganz bei uns, wie Sie wissen, aber es das immer wieder gegeben hat, ganz einfach sinnvolle Unterstützungsmaßnahmen. Eine davon, der Mobilitätsscheck, wurde in der letzten Sitzung nicht abgeschafft, aber eingeschränkt und das ist genau der falsche Weg. Wir können ja nicht diese sinnvollen Unterstützungen abschaffen und einschränken und hoffen, dass die Nutzung von ÖV zunimmt. In diesem Sinne brauchen wir einfach mehr Geld für ÖV, für Preisstützungen im Sinne von Mobilitätsscheck für Studierende, Frischlufttickets und Dergleichen.

Wir sind der Ansicht, dass es in diesem Sinn auf jeden Fall verbessert werden muss. Was beim Mobilitätsscheck noch mitzubedenken ist, der Stadtrat ist, glaube ich, leider nicht da, aber das macht nichts. Die Frage ist natürlich auch, warum die Kommunikation mit dem Land jetzt nicht besser funktioniert. In anderen Bundesländern ist es ja eindeutig eine Landessache, dass hier mitgezahlt wird, in der Steiermark funktioniert diese Abstimmung offensichtlich nicht besonders gut, ganz im Gegenteil, der Landesrat und der Stadtrat teilen sich gegenseitig über die Presse mit, was sie als Nächstes vorhaben. So kann Verkehrspolitik natürlich nicht funktionieren und wir würden einfach Stadtrat Eustacchio ersuchen, hier mit dem Landesrat Kurzmann zu verhandeln, dass auch das Land einen entsprechenden Beitrag zahlt zum Mobilitätsscheck, das einerseits die Stadt aufdoppeln kann und andererseits auch das Land hier mitzahlt, damit man wirklich einen sinnvollen Mobilitätsscheck weiterhin aufrechterhalten können, weil die letzte Kürzung ist ja, glaube ich, nicht die allerschlaueste gewesen.

Wenn die Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderats in Sachen Verkehrspolitik ernst genommen werden, dann sind zusätzliche Einnahmen, die aus der Preisanpassung bei den Parktarifen zu erwarten sind, daher sowohl für die qualitative Verbesserung des ÖV als auch für zielgruppenorientierte Vergünstigungen einzusetzen.

Ich stelle daher namens des grünen Gemeinderatsklubs-ALG folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

- 1) Zusätzliche Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung sollen vor allem für eine qualitative Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Graz (Netzausbau, Taktverdichtung) und für zielgruppenorientierte Vergünstigungen (z.B. Weiterführung des Mobilitätsschecks für Studierende zumindest in der ursprüngliche Höhe, man könnte ihn auch erhöhen, und regelmäßige Neuauflage des Frischlufttickets für NeukundInnen) verwendet werden.

- 2) StR Eustacchio möge in der nächsten Sitzung des Gemeinderates einen Bericht über die geplanten Preisanpassungen, würde uns doch interessieren, was da wirklich geplant ist, bei den Parkgebühren und Vorschläge für die Verwendung der zusätzlichen Einnahmen im Sinne von Punkt 1 des Antragstextes vorlegen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Gerhard! Du verhilfst mir heute zu einer Premiere, erstmals darf ich über die Verwendung von Mitteln nachdenken, die es noch gar nicht gibt und was noch nicht feststeht, ob es sie überhaupt jemals geben wird, weil es ist zwar in Zeitungsmeldungen gestanden, dass es Überlegungen in der Art und Weise gibt, aber ich glaube immer noch, dass der Gemeinderat oberster Souverän dieser Stadt ist und dass wir, wenn so ein Antrag kommt, erst einmal im Gemeinderat drüber nachdenken müssen, ob wir das wollen oder nicht. Zur Zweckbindung kann ich mich zurückerinnern, ich glaube, dass auch ich einmal so einen ähnlichen Vorschlag gemacht habe in einer anderen Sache, aber da hast du damals geantwortet, in Zeiten knapper Mittel ist es ein Blödsinn, eine Zweckbindung zu machen, weil Geld hat kein

Mascherl und man muss schauen, dass man das Geld bestmöglich verwendet. Ich glaube, das gilt auch für diesen Fall, und zur sanften Mobilität, die du aus meiner Sicht etwas eingeschränkt in deinem Antrag dargestellt hast, weil ich glaube, dass es mehr ist als Netzausbau, Taktverdichtung usw., weil es gibt auch andere Teilnehmer, sage ich einmal am Verkehr, die sanfte Mobilität betreiben, ich denke an Fußgängerinnen und Fußgänger, an Radfahrer, Car-Sharing usw., auch für die müssen Mittel da sein, die würden mit deinem Antrag aus meiner Sicht wegfallen und ich denke auch an ein aktuelles Beispiel, wo sanfte Mobilität sehr wohl im Spiel ist: Ich habe heute eine Anfrage an den Bürgermeister eingebracht zum Thema Schließung von Bahnübergängen entlang der GKB-Strecke, wo eben zwei Übergänge, Abstallerstraße und Trattfelderstraße sozusagen, wo eine Schließung droht, die ausschließlich von Fußgängern und Radfahrern benutzt werden dürfen und wenn das passiert, dann werden diese Fußgänger und Radfahrer zu Autofahrern wahrscheinlich, weil sie kilometerlange Umweg haben, und auch dafür werden wir Geld brauchen und deshalb sage ich einmal, die Zweckbindung halten wir für nicht zielführend, weil man einfach die Mittel für das verwenden sollte, was in der Priorität sozusagen am weitesten vorne steht und das kann eben unterschiedlich sein. Auch zum Park-&-Ride-System haben wir heute Vormittag eh schon diskutiert, da gibt es auch unterschiedliche Ansätze. Ich muss leider öfter nach Wien fahren und ich sage, Wien hat ein tolles Park-&-Ride-System und vor allem auch für Tagesgäste mit drei Euro für 24 Stunden und in Graz fehlt es noch an allen Ecken und Enden. Ich glaube, dass man da Angebote schafft, einige sind nicht ganz glücklich, wenn ich an Fölling denke, aber ich glaube, da gäbe es auch noch einiges, was man tun könnte. Summa summarum, wir sind gegen die Dringlichkeit und damit auch gegen den Antrag. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Eber:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir bekennen uns natürlich zum öffentlichen Verkehr und zum Ausbau und zur Attraktivierung des öffentlichen

Verkehrs und ganz besonders bekennen wir uns natürlich auch dazu, dass der öffentliche Verkehr günstiger werden muss in unserer Stadt und dazu haben wir ja auch schon heute gesprochen, dazu haben wir auch in der Vergangenheit immer wieder Initiativen eingebracht. Ich möchte an dieser Stelle vielleicht auch in Erinnerung rufen, zur Finanzierung insbesondere des öffentlichen Verkehrs treten wir ja schon sehr lange ein für eine sogenannte Nahverkehrsabgabe, das bedeutet, die Betriebe sollen für ihre Beschäftigten einen minimalen Betrag, also beispielsweise ein, zwei Euro im Monat bezahlen, damit dieses Geld, das daraus gewonnen wird, dem öffentlichen Verkehr tatsächlich zugutekommt. Der Antragsteller, der Kollege Gerhard Wohlfahrt, hat natürlich Recht, wenn er sagt, offensichtlich im Gegensatz zur KPÖ stellt für die Grünen diese Preisanpassung, wie es dann immer so schön heißt, keine Abzocke dar. Wir sind nicht blind, wir sind auch auf einem Auge nicht blind, wir verwehren uns aber auch dagegen, dass die Verkehrsteilnehmer und -teilnehmerinnen immer wieder gegeneinander ausgespielt werden und ich bin der Meinung, dass es für uns nicht vertretbar ist, auch hier wieder an einer Tarifierhöhung zu basteln, zu drehen, sondern wir bekennen uns dazu, dass der öffentliche Verkehr Vorrang haben soll und muss, dass aber auch natürlich der motorisierte Individualverkehr in einer Stadt Platz haben muss. In diesem Sinne ersuchen wir um getrennte Abstimmung der Punkte 1) und 2), wir werden dem Punkt 1) natürlich gerne zustimmen, nachdem wir aber gegen Preisanpassungen, gegen Verteuerungen bei den Parkgebühren sind, möchte ich auch an den Herrn Stadtrat Eustacchio, auch wenn er jetzt im Moment nicht da ist, appellieren, keinen Bericht über eine derartige Preiserhöhung vorzulegen. Danke sehr (*Applaus KPÖ*).

GR. Dipl.-Betriebswirt **Haberler**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Wir reden hier von einem Thema von Geld, das im Budget, wir befinden uns noch in Budgetverhandlungen, und jetzt reden wir über ungelegte Eier und in diesen Budgetverhandlungen geht es natürlich auch darum, welche Maßnahmen gesetzt

werden können, um lenken zu können und jetzt reden wir drüber, dass man das Geld, wo wir noch nicht einmal wissen, ob das überhaupt stattfinden wird, in welchem Ausmaß das stattfinden wird, wie man das verwenden sollen und ich kann nicht hergehen und das Fell vom Bären schon aufteilen, bevor ich überhaupt weiß, was überhaupt herauskommen wird und deswegen stimmt die ÖVP diesem Dringlichkeitsantrag nicht zu, weil das noch nicht Gegenstand ist. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, werter Kollege Dr. Wohlfahrt! Vieles haben die Kollegen jetzt schon von SPÖ und KPÖ richtiggestellt. Ich darf auch noch ein paar Ergänzungen machen. Sie schreiben da zum Beispiel im Motivenbericht ganz anfangs, die von Stadtrat Eustacchio vorgesehene Erhöhung der Parkgebühren in der Kurzparkzone. Das ist eine polemische Aussage Ihrerseits, es ist keine Erhöhung der Parkgebühren, die sich der Herr Stadtrat alleine wünscht. Es ist von Seiten der Ämter, nachdem jetzt mehrere Jahrzehnte hier keine Anpassung stattgefunden hat, ist eine solche Gebührenanpassung andiskutiert worden. Es gibt darüber keinen Beschluss, das ist schon gesagt worden. Sollte einer kommen, ist das auch nicht vom Verkehrsstadtrat alleine gewünscht, sondern wird im Vorhinein mit SPÖ, ÖVP abgesprochen sein. Der Motivenbericht viel eher ist eine Visitenkarte Ihrer eigenen Ideologie. Wie der Schelm denkt, so ist er, sagt man und die Frau Stadträtin Rücker hat das ja in der Vergangenheit als Verkehrsstadträtin bewiesen. Sie hat einseitige Politik gemacht im Verkehrsbereich, sie hat ihre Klientel natürlich hauptsächlich bedient, öffentlicher Verkehr, Radfahrer. Für die Straßensanierung, für Park-&-Ride sind keine Mittel übergeblieben, sie hat Probleme geschaffen, haben wir heute schon gehört, das Viertel Schönaugasse, da hat man eher negative Akzente im Verkehr im Individualverkehr gesetzt, so stellen sich Freiheitliche den Verkehr nicht vor. Für uns ist das eine Gesamtheit, es gibt den Individual-, den öffentlichen Verkehr und daher

kann man da eben jetzt nicht nur einseitig die Mittel auch verschieben. Zum Antrag selbst, es gibt keinen Beschluss über Parkgebührenerhöhung, daher werden wir heute auch nicht abstimmen, ob eben Gelder ins Park-&-Ride oder in den öffentlichen Ausbau fließen. Der dringliche Antrag ist obsolet und daher abzulehnen (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich glaube, die meisten werden schon mitbekommen haben, dass es hier darum geht, einen Bericht von Stadtrat Eustacchio zu kriegen, was er plant. Ich glaube, das ist das gute Recht, vom Gemeinderat informiert zu sein, wo es hingehen soll, für was er das Geld verwenden will und Dergleichen. Es geht nicht um die Aufteilung von Mitteln, sondern es geht generell, was hier geplant ist, dass jeder Gemeinderat miteinbezogen wird. Aber zu den inhaltlichen Punkten. Selbstverständlich, wir Grünen stehen zur sanften Mobilität. An sich tut es die Stadt Graz auch, auch wenn man dann zweifelnde Wortmeldungen hört. Es gibt klare Beschlüsse, wir haben einen STEK beschlossen, wir haben verkehrspolitische Leitlinien beschlossen, wo all das drinnen steht und das sollte man halt auch umsetzen und wird demnächst der Wahrheitsbeweis anzutreten sein. Zu den Kommunisten, nur alles billiger machen allein, wird nicht funktionieren, man wird auch Farbe bekennen müssen, wo man finanziert. Na klar kann man sagen, Dienstgeberabgabe, nur wissen wir, da reden wir ewig drüber, das ist nicht unsere Kompetenz, das heißt, wenn wir schon mitkriegen, dass uns das Land oder der Bund hier nicht unterstützt und die entsprechenden Gesetze nicht erlässt, dann müssen wir uns selber auch etwas überlegen und da fehlt es ein bisschen und muss man überlegen, was können wir selber tun, nur zu den anderen zu gehen und hätten wir gerne. Wir haben auch gemeinsame Anträge in diese Richtung gemacht, aber man muss auch die Konsequenz daraus ziehen, wenn es nicht funktioniert, wie man selbst aktiv werden kann. In dem Sinn fehlt hier einfach ein Vorschlag, wie man die Probleme angehen kann, wie man auch notwendiges Geld herkriegt. Kollege Haßler,

na klar, Zweckbindung ist ein Problem, braucht man nicht diskutieren, in dem Fall ist sie vom Gemeinderat vorgesehen, sie ist ja nicht neu in dem Antrag, sondern ist nur eine Akzentuierung für was, und die Sorgen für Fußgänger und RadfahrerInnen, glaube ich, sind etwas übertrieben, weil klar ist, ist das der wichtigste Punkte, dass man dorthin kommt. Es gibt dafür auch genügend Mittel, haben wir schon inzwischen geschafft, hier hat sich einiges geändert in Graz, nur der große Vorteil von Ausbau von Fußgängerverkehr, Radfahrwegen und Dergleichen, dass die halt weit billiger sind und das ist der entscheidende Punkt. Hier kann man mit wenigen Millionen weit mehr bewegen als zum Beispiel im Park-&-Ride und deswegen auch dieser ganze Antrag, weil das Geld, was in Park-&-Ride eingesetzt wird, mag ja teilweise auch sinnvoll sein, aber die Effizienz ist wahnsinnig gering, wir bauen hier um ganz viel Geld Park-&-Ride-Parkplätze, die eigentlich kaum angenommen werden in Graz, wir haben große Auslastungsprobleme, und die vor allem in der verkehrspolitischen Lösung nichts ändern. 50 Parkplätze da oder dort dazu, seien es auch 100 oder 200, verändern nicht in der Verkehrspolitik in Graz. Ein Mobilitätscheck, der dazu führt, dass tausende Studierende umsteigen oder stärker in Richtung öffentlicher Verkehr geht, das verändert was. Und zur Beruhigung, die erwähnten Preise in Wien sind natürlich viel teurer als in Graz, in Graz kostet die Tageskarte als Aufzahlung auf die 24-Stunden-Karte 1,50 und nicht drei Euro wie in Wien. In Graz kostet zum Beispiel die Jahreskarte für Park-&-Ride-Parkplätze, und das ist eher problematisch, als Aufzahlung auf die ÖV-Karte 95 Euro, in Wien 550 Euro. Das heißt, wenn man P&R ernst nehmen will, dann muss ich ihn teurer machen, dass er sich teilweise selbst finanziert. 95 Euro für eine Jahreskarte P&R deckt nicht einmal die laufenden Kosten. Deswegen mein Hinweis, hier anders Verkehrspolitik zu gestalten, aber offensichtlich ist es nicht dringlich, offensichtlich will man einen anderen Weg gehen. Ich bitte um Annahme des Antrages (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 16.15 Uhr den Vorsitz.

8) Live-Übertragung der Gemeinderatssitzung

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörer! Leider noch nicht per Live-Stream sozusagen heute dabei, sondern nur physisch dabei. Hochgeschätzter Gemeinderat, sehr geehrte Herr Rüschi, liebe Stadträtin, das war jetzt ein schneller Wechsel. Ich möchte eigentlich die Leseübung ersparen, was jetzt da punktuell in meinem Antrag drinnen ist, ich glaube, von der Geschichte kennt es wahrscheinlich der Gemeinderat besser sogar als ich, weil das Thema, glaube ich, seit 2007 bekannt ist und da leider nichts passiert ist. Wir sehen das als dementsprechenden dringlichen Punkt, weil eben seit 2007 hier noch gar nichts passiert ist, ich möchte dann unseren Antrag einfach nur kurz vorlesen und ein kurzes Statement zu dem Abänderungsantrag noch machen.

Unser Antrag beinhaltet folgende Punkte:

Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit wird beauftragt, einen Umsetzungsplan für die Live-Audio-und-Video-Internetübertragung für die nächstmögliche Gemeinderatssitzung zur Beschlussfassung vorzulegen, und ab sofort ist es jedem Grazer ausdrücklich erlaubt, den öffentlichen Teil der Sitzung live ins Internet zu übertragen. Hat den Hintergrund, dass wir hoffen, dass im Endeffekt nicht alle Gemeinderäte kamerascheu sind, sondern dass wir uns dementsprechend auch

zeigen können. Bezüglich dem Abänderungsantrag, der jetzt bei mir eingelangt ist, sehe ich das bereits eben im Punkt 1) unseres Antrages eigentlich drinnen erledigt, weil im Umsetzungsplan dementsprechend eine Kostenauflistung zur Verfügung stehen wird, ich bin überzeugt davon, und auch den Zusatzantrag, der von den Grünen gekommen ist, den kann ich in der Form auch nur unterstützen. Das war es eigentlich schon. Dankeschön.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Danke für den Antrag, wir haben im Vorfeld ja auch schon darüber gesprochen. Wir werden es natürlich unterstützen, weil es auch uns ein Anliegen ist und auch erfreulich ist, dass mittlerweile endlich die technischen Möglichkeiten das so einfach machen, dass der Kostenfaktor als Killerargument keine Rolle mehr spielt. Danke für die Unterstützung zum Zusatzantrag, nachdem der aber nicht von dir verlesen wurde, werde ich mir erlauben, das zu ergänzen, damit auch die anderen wissen, worum es geht. Und zwar geht es darum, dass beispielsweise in Salzburg ja bereits länger schon solche Live-Übertragungen Bestandteil der Gemeinderatssitzungen sind. Übrigens für knapp, ich habe es einmal recherchiert, knapp 2.700 Euro im ersten Jahr, inklusive der Anschaffung einer Kamera usw., das heißt, es ist wirklich sehr kostengünstig. Die inhaltliche Betreuung wurde von, so wie jetzt auch, von den MitarbeiterInnen der Öffentlichkeitsarbeit gemacht und der Zusatzantrag bedeutet, die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit wird weiters beauftragt, als interaktive Begleitung der Live-Übertragung ein Konzept eines moderierten Chats mit zusätzlich eingeblendeten Informationen zu prüfen und zu erarbeiten, wie es etwa in der Stadt Salzburg durch die Kooperation mit externen Netzkompetenz- und PartizipationsexpertInnen bereits umgesetzt wurde. In Salzburg haben sie, und das ist eben der Zusatzantrag,

1. eine parallele Übersicht, die eingeblendet wird über den gerade zur behandelnden Tagesordnungspunkt, damit man sich orientieren kann
2. Information, wer gerade am RednerInnenpult ist,

3. Information, wie das Antragsthema lautet und
4. die Information über das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen.

Das ist das, was wir dem hinzufügen möchten und eben, wie in der Einleitung gesagt, ein interaktiver Chat, der auch betreut wird, sodass also Leute, die Anfragen haben, Erklärung zu diesen Anträgen oder was auch immer, kurz von den Mitarbeiterinnen der Öffentlichkeitsarbeit informiert werden. Funktioniert dort sehr gut und wäre ein Super-Beispiel auch für Graz, das ist der Zusatzantrag (*Applaus Grüne*).

GR. **Hohensinner:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gemeinderat, lieber Philip! Ich habe mir eigentlich diesen Antrag von dir schon in der letzten Gemeinderatsitzung erwartet, weil du wärst kein authentischer Pirat, würdest du so einen Antrag nicht stellen. Wie du bereits in deinem Antrag beschrieben hast, gibt es ja eine lange Geschichte zu der Live-Übertragung, das liegt jetzt, glaube ich, schon über sechs Jahre zurück. Auch ich selbst habe einmal die Idee gehabt, dass man das installiert. Ich möchte nicht das Urheberrecht jetzt allein an meiner Person festmachen, da hat es mehrere Vorkämpfer gegeben, ihr könnt euch erinnern an einen Gerhard Mariacher zum Beispiel, auch unser Kollege Gerald Grosz hat einmal überlegt und hat angesprochen, dass auch eine Helmkamera, die man eigentlich vom Armin Assinger aus dem Schifahren kennt, eine Möglichkeit wäre. Aber jetzt Spaß beiseite, wir sind diese ganze Geschichte dann ernsthaft angegangen, haben sogar am 18. April 2008 eine Gemeinderatssitzung live ins Internet übertragen lassen, es hat auch unten ein Zelt gegeben, das war der e-Day, damals waren die Zugriffe bescheiden und die Kosten empfindlich. Damals hat eine Gemeinderatssitzung 7.000 Euro gekostet. Wir haben aber auch recherchiert, wo gibt es auch Vergleichsmöglichkeiten, du hast einige angeführt, wenn man jetzt den Landtag hernimmt, und da haben wir eine Auswertung von einer Sitzung, und zwar war das die Sitzung vom 12.11.2012, da haben wir die Statistik und die Spitzenzugriffszahl war nämlich 70. 70 Personen steiermarkweit, nahezu, kann man sagen, weltweit haben 70 Personen zugegriffen.

Aber es gibt andere Beispiele, die kennen Sie vielleicht. Zum Beispiel von der Stadt Fürstenfeld, das ist auch in YouTube der Renner, da hat sich ein Gemeinderat der grünen Partei bemüht, hat sich eingesetzt um eine grüne Palme im Freibad, hat dramatisch das beschrieben und dann ist er in der Rede draufgekommen, dass es eine Plastikpalme war. Diese ganze Geschichte hat 22.100 Zugriffe erzielt, also das ist ein Spitzenwert. Aber jetzt zu der weiteren Vorgehensweise. Dein Antrag hat zwei Punkte, dem zweiten Punkt können wir nicht zustimmen, das ist rechtlich wahrscheinlich gar nicht möglich, der erste Punkt ist eigentlich ganz in Ordnung, wir gehen aber weiter, wir wollen eine Kosten-Nutzen-Sicht uns auch aneignen können, deswegen möchte wir auch die Kosten drinnen haben, deswegen haben wir einen Abänderungsantrag vorbereitet. Der grüne Zusatzantrag, da können wir nicht zustimmen, weil es gibt einfach Minis oder Ferraris, jetzt in Autobild gesprochen, und so einen Ferrari werden wir uns nicht leisten können, dass man sogar das kommentieren etc. Deswegen werden wir einen Abänderungsantrag einbringen, wo einfach die ganzen verschiedenen Möglichkeiten geprüft werden und auch was die Kosten sind. Der Abänderungsantrag lautet wie folgt: Der Gemeinderat beauftragt die zuständigen Magistratsabteilungen, dass die Umsetzungsmöglichkeiten sowie die dadurch entstehenden Kosten der geforderten Übertragung geprüft werden. Bitte um eine breite Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda:** Abschließend habe ich eigentlich nur zwei Sachen zu sagen. Der Erfinder einer Idee, das ist immer meistens recht nett, das hat es auch bei der Glühbirne gegeben, die zuerst nicht funktioniert hat. Das Wichtige ist die Innovation, die dahinter steckt und das ist dann die praktische Umsetzung, dass es funktioniert. Und die praktische Umsetzung, und da möchte ich dir auch widersprechen, ist, erstens ist sie leicht möglich und meines Wissens ist jetzt der Gemeinderat doch das höchste Organ, das für sich selbst auch etwas beschließen kann und wenn der Gemeinderat in Summe sagt, wir wollen das, wir wollen Transparenz haben in der

Stadt Graz, wir wollen haben, dass uns die Leute zuschauen können, was wir tun, weil wir gute und produktive Arbeit leisten, dann können sie es für sich selbst, glaube ich, gerne beschließen und deswegen würde ich bitten, auch der Dringlichkeit zuzustimmen und dementsprechend auch Punkt 1) und Punkt 2) zuzustimmen. Dankeschön.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nur ein Hinweis, natürlich kann der Gemeinderat beschließen, aber es gibt eben auch Regeln für den Gemeinderat. Eine ist zum Beispiel, die im Abänderungsantrag von der ÖVP drinnen ist, es darf über den dringlichen Antrag an sich nicht über Kosten abgestimmt werden oder es wird ein Finanzierungsvorschlag gemacht und die Vorschläge, die hier gemacht worden sind, haben mit Sicherheit wirtschaftliche Auswirkungen, das heißt Kostenauswirkungen, und Sie müssen da einen Vorschlag machen, dann kann man darüber abstimmen, sonst ist es eben in diesem Fall nicht möglich.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: So dann kommen wir zum Inhalt. Ich kann es gleich noch einmal wiederholen, es liegt ein Abänderungsantrag vor und auch ein Zusatzantrag.

GR. Dr. **Wohlfahrt** zum Antrag: Ich möchte nur kurz auf die gerade angesprochene Kostenwirksamkeit hinweisen, weil ich lese das nicht heraus. Im Originalantrag heißt es, die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit wird beauftragt, einen Umsetzungsplan

vorzulegen und der wird beschlossen oder nicht beschlossen, das heißt, das was im dringlichen Antrag verlangt wird, ein Umsetzungsplan, verursacht nicht die Kosten, dann müssen wir entscheiden, ob wir es haben wollen oder nicht und so gesehen ist er eindeutig zulässig und ich glaube nicht, dass diese Abänderung von der ÖVP da irgendwas verbessert, dieser Abänderungsantrag, aber ist natürlich...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: ...das ist Ansichtssache, aber zulässig sind jedenfalls beide Anträge...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich habe nicht gesagt, dass der Antrag nicht zulässig ist, sondern ich habe nur gesagt, dass es sicherlich mit Kosten verbunden ist, das war eine Antwort auf den Herrn Pacanda, der, wenn ich ihn nicht falsch verstanden habe, den Eindruck erweckt, wir können hier alles beschließen, ohne irgendeine Restriktion oder irgendwas, das war damit gemeint. Dass der Antrag zulässig ist, ist selbstverständlich, sonst wäre er gar nicht auf der Tagesordnung gewesen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Hier geht es auch nur, einen Plan vorzulegen, es ist ein konkreter Antrag, den wir von Seiten der Grünen unterstützen.

GR. **Pacanda**: Was ich eigentlich sagen wollte zu dem Punkt 2), dass der Gemeinderat alles beschließen kann. So wie der Kurt vorher gemeint hat, Punkt 2) können sie nicht zustimmen, dass sozusagen jeder dann einfach streamen kann, weil das aus rechtlichen Gründen nicht sicher ist, ob das sozusagen erlaubt ist und da bin ich einfach der Meinung, dass der Gemeinderat da wohl beschließen kann, dass er die Zustimmung gibt dazu, dass eben Bürger sozusagen live übertragen dürfen aus den Gemeinderatssitzungen oder eben auch Gemeinderäte oder Parteien, das war, was ich gemeint habe.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Abänderungsantrag von der ÖVP, vom Kurt Hohensinner, der lautet: Der Gemeinderat beauftragt die zuständigen Magistratsabteilungen, dass die Umsetzungsmöglichkeiten sowie die dadurch entstehenden Kosten der geforderten Übertragung geprüft werden und das soll den Punkt 1) und 2) des ursprünglichen Antrages ersetzen.

Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wir kommen zum Zusatzantrag. Ich weiß nicht, ob der noch in Erinnerung ist, von den Grünen: Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit wird beauftragt, als interaktive Begleitung der Live-Übertragung ein Konzept eines moderierten Chats mit zusätzlich eingeblendeten Informationen zu prüfen und zu erarbeiten, wie es etwa...

Zwischenrufe unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wieso? Nein, das sehe ich ehrlich nicht so, ich lasse mich gerne belehren, aber das sehe ich nicht so. Ich hätte ihn gestellt aus meinem Verständnis. Man sollte schon abstimmen, ob er akzeptiert wird oder nicht. Dann stelle ich ihn, ok. Jetzt fange ich nicht nochmals von vorne an zu lesen, ich hoffe, es wurde mitgehört, es geht um eine erweiterte Information, jedenfalls um eine erweiterte Übertragung, die auch kommentiert ist mit paralleler Übersicht über den gerade behandelten Tagesordnungspunkt, wer ist am Rednerpult, Antragsthema und das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen. Das ist der Zusatzantrag.

Der Zusatzantrag von den Grünen wurde mit Mehrheit abgelehnt.